

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.-

Erscheint monatlich

Nr. 2 2004

## Dramatische Zuwanderung



Bernhard Hess,  
Nationalrat  
und  
SD-General-  
sekretär, Bern

Noch im Jahre 1984 stammten – integrationspolitisch wenig Probleme schaffend – noch rund 80 Prozent der in der Schweiz lebenden Ausländer aus einem EU/EFTA-Staat. Ende 2002 waren es noch 56,4 Prozent. Dagegen ist der Anteil von Ausländern aus ganz fremden Kulturkreisen dramatisch angestiegen. Die Volksinitiative «für eine Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» will diese unheilvolle Entwicklung stoppen.

POSTCODE 1  
AZB 5332 Rekingen

Soeben hat das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung die detaillierten Zahlen für das Jahr 2002 veröffentlicht. Die Zahlen sind aufschlussreich wie erschreckend. Zahlreiche gut integrierte Leute kehren in ihre Heimat zurück, während sich die Einwanderung aus fernen Kulturen und Ländern markant verstärkt und neue integrationspolitische Probleme schafft. Einige Eckdaten: Die ständige

ausländische Wohnbevölkerung beläuft sich Ende 2002 auf 1'447'312 Personen. Dabei sind Asylbewerber, Saisoniers, Kurzaufenthalter, internationale Funktionäre und zahllose Schwarzauenthalter noch nicht einmal mitgezählt. Nur noch 816'152 Personen oder 56,4 Prozent stammen aus dem EU/EFTA-Raum. Auch der Anteil aus den neuen mittel- und osteuropäischen Staaten ist bislang erstaunlich stabil und beläuft sich auf derzeit 17'991 Personen; 1983 waren es 19'681. Dramatischen Zuwachs gab es seit 1983 insbesondere aus Afrika, Zentral- und Südamerika, Asien, der Türkei und Ex-Jugoslawien.

	1983	2002	Differenz
Afrika	10'418	37'318	+26'900
Zentral- und Südamerika	8'997	33'379	+24'382
Asien	24'611	80'792	+56'181
Türkei	48'485	78'946	+30'461
Ex. Jugoslawien/Albanien	58'918	348'398	+289'480
Total	151'429	578'833	+427'404

Die anerkannten, abgewiesenen und untergetauchten Flüchtlinge sowie die zahlreichen Schwarzauenthalter sind in dieser Statistik noch nicht einmal mitgezählt.

### Verheerende Folgen

Auch im internationalen Vergleich hat die Schweiz in Bezug auf den Ausländeranteil alle Rekorde gebrochen: Mit 20,3 Prozent sind wir einsame Spitze. Der EU-Durchschnitt beträgt rund fünf Prozent. Diesen Rekord verdanken wir vor allem dem Bundesrat, der Ende der 70er-Jahre einen grossen Fehler gemacht hat: Als nicht genügend Arbeitskräfte in Italien, Spanien, Portugal gewonnen werden konnten, dehnte er das Saisonierstatut

## SD-Erfolge auf der ganzen Linie

Am Abstimmungstag vom 8. Februar 2004 ist das Schweizer Stimmvolk den Abstimmungsparolen der Schweizer Demokraten vollumfänglich gefolgt. Entgegen den Parolen von allen anderen Parteien haben die SD zwei Mal Nein (für «Avanti»-Gegenvorschlag und zum neuen Mietrecht) und ein Mal Ja (zur Verwahrungs-Initiative) empfohlen, und die Schweizerinnen und Schweizer haben mit grossen mit sehr grossen Mehrheiten unsere Parolen befolgt. Dankeschön!

## Ausländer-Begrenzungs-Initiative

Man kann es nicht anders ausdrücken: die Unterschriftensammlung für unsere neue Volksinitiative war in der ersten Hälfte der Sammelperiode enttäuschend. Zwar hat die Parteiführung nun ernste Massnahmen ergriffen, die nötigen Unterschriften doch noch rechtzeitig zusammenzubringen. Ohne dass jeder Sympathisant der Initiative sich auf die Socken macht und ebenfalls noch einige Unterschriften beibringt, wird das Unternehmen jedoch nicht erfolgreich zu Ende geführt werden können. Wir rechnen also auch so mit Ihrer Mithilfe! Danke.

Ihre SD-Parteileitung

auf das ehemalige Tito-Jugoslawien und die Türkei aus. Dies und der nachfolgende Familiennachzug sowie zwei Konflikte im Balkan mit Flüchtlingswellen führten zum heutigen Zustand. Vor allem seit Ende der 1990er-Jahre wurden vermehrt auch Bewilligungen an ausserhalb unseres Kontinents nach Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika erteilt – mit dramatischen Folgen.

Es sind jedoch nicht die Ausländer, sondern unsere Politiker im Parlament daran schuld, die es kurzfristig mit ihren Beschlüssen zugelassen haben, möglichst viele billige Arbeitskräfte ins Land zu holen. Dabei beachteten sie nicht, dass diese beruflich schlecht oder gar nicht qualifizierten Arbeitskräfte letztlich weniger Wertschöpfung generieren, d.h. weniger Arbeitsleistung erbringen, als sie am Schluss – wenn man eine Gesamtbilanz zieht – kosten.

## Einbürgerungsrekord

Einen weiteren traurigen Rekord gab es 2002 an der Einbürgerungsfront. Mit 36'515 Personen erwarben noch nie so viele Zugewander-

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 2 Tödliches Aids
- 4 Sterben die Schweizer aus?
- 5 Unterschriftenbogen
- 7 Die Alarmglocken läuten
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Politträsel
- 12 Der Leser hat das Wort

## Dramatische Zuwanderung

Fortsetzung von Seite 1

te das Schweizer Bürgerrecht. Auch hier ist augenfällig: Einbürgerungen von Afrikanern, Asiaten, Mittel- und Südamerikanern und vor allem Ex-Jugoslawen und Türken erreichen neue Höchstwerte, während die Einbürgerungen von Europäern stabil bleiben oder sogar eher rückläufig sind.

Einbürgerungen 1990 – 2002

Afrika	15'451
Zentral- und Südamerika	12'437
Asien	28'210
Türkei	22'119
Ex. Jugoslawien/Albanien	44'535
<b>Total</b>	<b>122'752</b>

Es muss wohl nicht erwähnt werden, dass sämtliche Eingebürgerte aus den offiziellen Ausländerstatistiken sofort verschwinden und sofort durch Neuzugewanderte ersetzt werden. Pikant ist auch hier die Tatsache, dass mit 122'752 Personen aus den vorerwähnten kulturfremden Regionen deutlich mehr Personen eingebürgert wurden als aus dem restlichen europäischen Raum (118'628, inkl. EU-Beitrittskandidaten und Russland).

## Die Konsequenzen

Die heutige Zuwanderung wird von drei wesentlichen Merkmalen geprägt, die sich auf unsere volkswirtschaftliche Entwicklung äusserst ungünstig auswirken:

1. Die Gesamtbevölkerung wächst in einem wesentlich höheren Tempo, als die wirtschaftliche Entwicklung zu folgen vermag;
2. Der Anteil von Erwerbstätigen an der gesamten Einwanderung sinkt massiv;
3. Bei den einwandernden Erwerbstätigen ist der Anteil von Arbeitskräften mit einer schlechten oder gar keiner beruflichen Qualifikation sehr hoch.

Von 1990 bis 2003 hat die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz um 647'050 Personen oder 9,7 Prozent zugenommen. In der EU betrug das Bevölkerungswachstum im gleichen Zeitraum lediglich 4,3 Prozent. Vor allem als Folge der Einwanderung von immer mehr Nicht-Erwerbstätigen hat sich in der Schweiz von 1991 bis 2001 die Zahl der Nicht-Erwerbstätigen um 12 Prozent erhöht, während gleichzeitig die Zahl der Erwerbstätigen lediglich um 2,1 Prozent (EU: 5,5%, Österreich: 9%) gewachsen ist.

Gegen diese unheilvollen Entwicklungen bietet sich unsere Initiative für eine Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten als notwendiges «Gegengift» an. Mit ihrem einfachen Mechanismus, den Netto-Zuwachs von kulturfremden Zuwanderern mittels Wanderungssaldobilanz massiv zu

verringern, dämmt sie auch den Zuwachs von Nicht-Erwerbstätigen und beruflich schlecht qualifizierten Arbeitskräften massiv ein und hilft, dass die Gesamtbevölkerung nicht weiter wächst. Bei konsequenter Anwendung bewirkt unsere Initiative eine Stabilisierung – und längerfristig den Abbau der

ausländischen Wohnbevölkerung. Sie verdient auch Ihre tatkräftige Unterstützung.

Bitte unterschreiben Sie noch heute den Unterschriftenbogen, schneiden Sie diesen sorgfältig aus und senden ihn an Schweizer Demokraten (SD), Postfach 1213, 5401 Baden. Vielen Dank.

## Tödliches AIDS

Wie die Tageszeitung «Tribune de Genève» vom 21. Januar 2004 zu berichten wusste, hat unsere westliche Landesgrenze, was die Durchlässigkeit angeht, inzwischen diejenige des Tessins, das bisher beliebteste Schlupfloch ins gelobte Land Helvetien, übertraffen. Genf bleibt für Waffen, Drogen, gestohlene Fahrzeuge und Menschen das bevorzugte Eingangstor der welschen Schweiz. Mit seiner 104 Kilometer langen grünen Grenze und etwa 100 für Motorfahrzeuge benutzbaren Passagen von und nach Frankreich bietet der Kanton kriminellen Elementen zahlreiche Möglichkeiten, illegal ein- und auszureisen, bedauert Oberst Jacques Strahm des Grenzwachtkorps III, welches für die Abschnitte Genf, Waadt, Wallis und Neuenburg zuständig ist. Grosse Sorgen bereitet dem genannten Offizier die EU-Osterweiterung. Im vergangenen Jahr verzeichnete die erwähnte Zone III 3741 illegale Einreisen, d.h. 700 mehr als im Vorjahr. Deren 3000, wovon die Mehrheit aus Afrika stammte, betrafen allein den Kanton Genf.

## Klare Rechtsgrundlage

In Anbetracht der Tatsache, dass die todbringende Krankheit AIDS besonders in den schwarzafrikanischen Ländern südlich der Sahara wütet, ist der unkontrollierte Zustrom von Asylsuchenden aus diesen Gegenden ein Verbrechen an unserem Volk, das durch nichts – Menschenrechtskonvention und Diskriminierungsverbot hin oder her – zu rechtfertigen ist. Das «Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen» (Epidemiegesetz vom 18. Dezember 1970) schreibt in Art. 7, Absatz 1 eindeutig vor «Der Bundesrat trifft Massnahmen, um zu verhüten, dass übertragbare Krankheiten aus dem Ausland eingeschleppt werden.» Die Art. 15, 16 und 17 dieses Gesetzes lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

Art. 15 – Ärztliche Überwachung

1. Personen, die eine übertragbare Krankheit weiterverbreiten können, sind unter ärztliche Überwachung zu stellen, wenn die Verhütung der Weiterverbreitung dies erfordert.
2. Die ärztliche Überwachung kann angeordnet werden bei Personen, die
  - a. Krankheitserreger ausscheiden (Ausscheider) oder darauf verdächtig sind (Ausscheidungsverdächtige)
  - b. mit ansteckenden Personen oder Kranken Kontakt hatten (Kontaktpersonen) oder bei denen Verdacht darauf besteht (Kontaktverdächtige)
  - c. an einer übertragbaren Krankheit erkrankt sind (Kranke) oder Krankheitserscheinungen aufweisen, welche Verdacht auf eine übertragbare Krankheit erwecken (verdächtige Kranke)

Art. 16 – Absonderung

Wenn die ärztliche Überwachung nicht genügt, sind die in Artikel 15 Absatz 2 genannten Personen abzusondern. Sie können zu diesem Zweck wenn nötig in eine geeignete Anstalt eingewiesen werden.

Art. 17 – Untersuchungen

Die in Artikel 15 Absatz 2 genannten Personen können verpflichtet werden, Untersuchungen und Entnahmen von Untersuchungsmaterial an sich vornehmen zu lassen, sofern dies zur Verhütung der Weiterverbreitung einer übertragbaren Krankheit nötig ist.

## Alles im Griff?

Auf dem Papier haben wir scheinbar «alles im Griff», doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Regelmäßig angemeldete Asylanten unterliegen keinem HIV-, sondern nur einem Tuberkulose-Test, ganz zu schweigen von denjenigen, die sich illegal im Land aufhalten. Laut Art. 2 Abschnitt b der «Verordnung über die Meldung übertragbarer Krankheiten des Men-

schen» (Meide-Verordnung vom 21. September 1987) untersteht AIDS der ärztlichen Meldepflicht von innerhalb einer Woche. Art. 7 Abschnitt 1 verpflichtet die Labordiagnostik, die direkten und indirekten Nachweise des Human Immundeficiency Virus (HIV) zu melden. Dass AIDS, im Gegensatz zu den andern aufgelisteten übertragbaren Krankheiten, hierzulande eher ein politisches als ein rein medizinisches Problem darstellt, bezeugt die Tatsache, dass «in allen Meldungen und Auskünften über Fälle von AIDS und über HIV-Nachweise keine Abgaben gemacht werden dürfen, die Rückschlüsse auf die Identität der betreffenden Personen zulassen». Diese Einschränkungen stehen in Abschnitt 4 der Art. 3 und 8 der Melde-Verordnung.

Keihen wir nach diesem gesetzgeberischen Exkurs in die Rhonestadt zurück. Dank der offenen Grenze strömen ganze Banden von Kindern und Jugendlichen aus den Zigeunerlagern bei Annemasse (Hochsavoyen) und im Pays de Gex (Dépt. Ain) ins Genfer Kantonsgebiet, um Wohnungseinbrüche und Ladendiebstähle zu begehen. Nach dem Raubzug kehren sie mit der Beute auf Schleichwegen wieder zu ihrer Sippe zurück. Sollten sie auf frischer Tat ertappt oder von einer Grenzschutzpatrouille angehalten werden, so sind sie, da sie wegen ihres jungen Alters nicht strafbar sind, bald wieder auf freiem Fuss und zu neuen kriminellen Taten bereit. Dank seiner geografischen Lage wird Genf zunehmend zu einem Tummelplatz internationaler Gangsterbanden. Mit gestohlenen Autos als Rammbock werden in den ersten Morgenstunden Schaufenster von Bijouterien eingedrückt und deren Auslagen zusammengerafft oder mit einem an einem Trax oder Traktor befestigten Drahtseil ein Bankomat aus seiner Halterung gerissen und mit samt Inhalt wegtransportiert. Bis die Polizei eintrifft, sind die Täter schon längst auf französischem Hoheitsgebiet. Falls unerwartet

eine Streife auftaucht, wird mit Waffengewalt und Rambomethoden der Grenzübergang erzwungen.

### Sicherung der Landesgrenze

Die von den Grenzbeamten erlittenen Handgreiflichkeiten wurden im Jahresbericht 2003 inventarisiert. Dieser zeigte eine Abnahme der physischen Gewaltakte und erzwungenen Übertritte. Diese «Beruhigung» hat nichts mit einer Besserung der Lage zu tun, sondern ist darauf zurückzuführen, dass das Grenzwachtkorps wegen Personalmangels seit drei Jahren an Ort und Stelle weniger präsent ist. Oberst Strahms Korps hat einen Unterbestand von 46 Leuten. Da «Bern» die Personalausgaben um fünf Prozent zu kürzen gedenkt,

befürchtet er eine weitere Bestandesreduktion.

Für die Sicherheit an unseren Landesgrenzen, welche den Bürger direkt betrifft, soll das Geld nicht mehr reichen? Ein lachhaftes Argument in Anbetracht der Milliarden, welche für die Anschaffung der für die Schweiz nutzlosen aber natotauglichen – FA/18-Kampffjets verschleudert wurden und mit der graduellen Anpassung unserer Armee an die militärischen Strukturen der Nato unter amerikanischem Kommando noch verschleudert werden. Aber laut Samuel Schmid und Christophe Keckeis beginnt die Verteidigung unseres Landes in einem fernen Nato-Einsatzgebiet, egal ob es an unseren Grenzen drunter und drüber geht. *Max P. Morf, Genf*

## Amerikanischer Imperialismus und die Macht der Schmetterlinge

Jetzt haben wir das kostspieligste Theater der Welt wieder für ein Jahr hinter uns. Ich spreche vom WEF in Davos. Immer mehr begreife ich die unsägliche Wut der – meist jugendlichen – Globalisierungsgegner, die sich einem gigantischen Schauspiel brutalster Täuschung der Welt gegenüber machtlos wähnen.

Schade nur, dass sie ihre Wut in aller Regel in völlig kontraproduktiver Art an kaum mitschuldigen Mitbürgern oder gar an den selbst zu den Opfer zählenden Ordnungskräften auslassen.

### Ein Bild des Ekels

war es, zu sehen wie Bundespräsident Deiss dem amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney freundlich lächelnd die Hand schüttelte. Ihm die Hand schütteln, das musste er ja wohl; aber das «freundliche Lächeln» hätte er sich gegenüber dem Kriegstreiber Cheney ruhig schenken können.

In seiner Rede vor dem Plenum äusserte sich Cheney so arrogant und verlogen, wie wir es vor allem von Bush und Blair seit 2 Jahren vordemonstriert erhalten.

Wer die bekannten Fakten der letzten Jahre studiert, dem ist klar, dass es den USA schlicht um die Kontrolle über die Energievorräte dieser Welt geht. Denn – wie Bush kürzlich verkündete – «niemand auf dieser Welt hat uns vorzuschreiben, wie wir zu leben haben», findet es die US Regierung völlig in Ordnung, dass ungefähr 6% der Weltbevölkerung fast 70% der Energie- und Rohstoff-Resour-

cen verbrauchen. Das Kyoto-Protokoll zum Schutze der Atmosphäre (Klima-Schutz) wurde aus wirtschaftsgeogistischen Gründen kaltschnäuzig in den Papierkorb geschmissen.

### Die amerikanische Version der «Breschnew-Doktrin»

von Herrn Bush und seiner Regierung betrifft mit Ausnahme von China und Russland die ganze Welt. Bush – und in Davos auch Cheney betonen, dass sie niemanden (also auch nicht die UNO) in Zukunft um Erlaubnis fragen werden, irgend ein Land mit Krieg zu überziehen (wenn sie es für gut finden!). Und wie diese Herren jeweils einen Kriegsgrund finden, haben sie in den Fällen Afghanistan und Irak vordemonstriert. Etwas weniger demonstrativ hat Amerika schon eine traurige Rolle gespielt in den afrikanischen Konflikten und insbesondere im Balkankrieg.

Nach dem bekannten Strickmuster der Kriegsvorbereitung beschuldigte Cheney in Davos den Iran «er strebe den Besitz von Atomwaffen an». Syrien ist ohnehin schon länger andauernden Beschuldigungen ausgesetzt, es unterstütze Terroristen.

Nur der israelische Staat als Stützpunkt der Amerikaner darf selbstverständlich Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel im Nahen Osten besitzen und sich zudem jegliche Verletzung des Völkerrechts leisten.

Und dass die beiden «alten» Grossmächte – die USA und Russland –



Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York dienen den USA als Vorwand, künftig überall in der Welt die eigenen Interessen – nötigenfalls mit Waffengewalt – durchzusetzen

über genügend Atomwaffen verfügen, um die ganze Erde gleich mehrfach zu vernichten, ist offensichtlich in bester Ordnung. Und bald sind wieder alle bereit, vor Bushs Drohungen zu kuschen und im Irak Wiederaufbauhilfe zu leisten.

Alle Achtung vor Chirac und Schröder, die weder selbst noch durch ihre direkten Vertreter nach Davos zum «hand-shaking» mit den Amerikanern anreisten.

### Die Terror-Fuchtel als Disziplinierungsinstrument

wird von der Bush-Administration virtuos beherrscht. Nach wie vor ist das Geschehen um den 11. September ungeklärt und die Hinweise reissen nicht ab, es könnte sich um eine Inszenierung des CIA gehandelt haben, um das amerikanische Volk kriegswillig zu trimmen. Die immer neuen Terror-Warnungen sind ein hervorragendes Hilfsmittel der Bush-Leute, das Volk vom Nachdenken über innenpolitische Probleme abzulenken und viele Staaten der Welt in Freund (=Terrorbekämpfer) und Feind (=Terror-Unterstützer) einzuteilen. Dass mit der amerikanisch-israelischen Politik unendlich viel Hass gesät wird, der dann allzu leicht in Terror-Angriffe mündet, wird offenbar nicht überlegt.

Wenn Colin Powell in der georgischen Hauptstadt Tiflis verkündete, es gebe Geheimdienstmaterial mit Beweisen, dass sich «Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen habe beschaffen wollen», der Krieg gegen den erklärten Willen der Völkergemeinschaft jedoch mit der Begründung geführt wurde «der Irak besitze Massenvernichtungswaffen und bedrohe damit die USA und ihre Verbündeten» lassen sich die Lügen der Amerikaner mit Handschuhen greifen. Mit Recht hat der frühere, briti-

sche Aussenminister Robin Cook soeben erklärt, Blair sei mit seinen Behauptungen (England könne in 45 Minuten von den Irakern beschossen werden) falsch gelegen und «da der Irak keine Bedrohung bedeutet habe, sei der Präventivschlag ein Unrecht gewesen.»

### Was kann der einfache Bürger in dieser Situation tun?

Ein offener Kampf gegen die Ungerechtigkeiten der Amerikaner und ihrer Vasallen bringt sicher nichts. Da wir aber in einem System leben (gemäss der Chaos-Theorie), in dem schon kleinste Veränderungen ungeahnte Effekte auslösen können, sind wir keineswegs hilflos. Hier einige Hinweise:

- Kaufen Sie keine Produkte amerikanischer Firmen, weder für den Konsum noch als Investitionsgüter;
- Gehen Sie weder in die USA noch in einen ihrer Vasallen-Staaten in die Ferien;
- Vermeiden Sie die Aufnahme beruflicher Tätigkeiten in den USA;
- Distanzieren Sie sich ganz bewusst vom «american way of life» – also Schluss mit der Verschwendungszivilisation;
- Leben Sie bewusst im Einklang mit der Natur und den göttlichen Gesetzen, die im umfassenden Liebesgebot gipfeln.

So wie der Flügelschlag eines Schmetterlings (bildlich gesprochen) in Kalifornien, einen Sturm an der europäischen Westküste auslösen kann, so kann Ihr persönliches Verhalten einen Trend einleiten, der eine ungeahnte Wirkkraft entwickeln kann.

Ein solcher Trend könnte die amerikanische Kriegsmaschinerie unterlaufen und die arroganten Anmassungen von Bush und seinen Kriegshetzern ins Leere laufen lassen. *Hans Spitz, Köniz*

# Sterben die Schweizer aus?

## Wachsendes Geburtendefizit der Einheimischen



Dr. med.  
Jean-Jacques  
Hegg,  
Psychiater FMH,  
Gemeinderat,  
a. Nationalrat,  
Dübendorf

Alles, nationalökonomische Wissenschaft, einflussreiche Politik und Medien von rechts bis links, «die Wirtschaft» usw. schreit nur noch nach «Wachstum», das die Schweiz angeblich so nötig habe. Die ökologischen Erkenntnisse der Siebziger- und Achtzigerjahre des letzten Jahrhunderts, dass ohne Nachhaltigkeit keine langjährig erfolgreiche Politik des Schutzes natürlicher Lebensgrundlagen möglich und jedes Wachstum mit Nachhaltigkeit unvereinbar ist, scheinen vergessen gegangen zu sein. Der Ruf hat als kollektive Hysterie zu gelten. Wenn wir nämlich die demografische Lage der Schweiz ansehen, spricht diese eine ganz andere Sprache: wir müssen noch froh sein, wenn wir mittelfristig in Zukunft wenigstens stabile Verhältnisse herstellen können! Seit ungefähr 1966 weist die Schweiz nämlich ein zunehmendes Geburtendefizit auf! Dieses bedroht nicht zuletzt unsere Altersversorgung.

Es ist sehr fraglich, ob ein Wirtschaftswachstum ohne Bevölkerungsvermehrung überhaupt möglich ist. Die fetten Wachstumsraten der Vergangenheit waren nämlich immer mit einem starken Bevölkerungswachstum verbunden. Vom rein wirtschaftlichen Wachstum her betrachtet steht die Schweiz ausserem verglichen mit den Nachbarstaaten auch heute noch gar nicht so schlecht da. Ihr Pro-Kopf-Bruttonationalprodukt nimmt immer noch beträchtlich zu! Übereinstimmend hiezu ist ihre Arbeitslosenzahl im internationalen Vergleich ja auch immer noch tief.

### Auch Dreikinderfamilien nötig!

Für einen natürlichen Bevölkerungersatz, also eine so genannte Reproduktionsziffer 1,0, braucht es die durchschnittliche Kinderzahl 2,1 pro Frau im gebärfähigen Alter. Es braucht also dazu, auch zum Ausgleich der unfreiwillig Kinderlosen, noch einen gewissen Anteil von Dreikinderfamilien. Die heuti-

gen Verhältnisse in der Schweiz entsprechen aber einer Kinderzahl von etwa 1,4; 1,2 für die Schweizerinnen und 1,7 für die Einwanderinnen! Nicht nur die Bevölkerung mit Schweizerbürgerrecht – Eingebürgerte mitgezählt! – stirbt also aus, auch die übrige, eingewanderte! Die viel zitierte Überalterung kommt also nur zu einem kleinen Teil aus der Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung. Die Entwicklung wurde noch dadurch verschärft, dass die Behörden lange versuchten, möglichst nur Arbeitskräfte ohne Familiennachzug in die Schweiz zu holen. Sie gaben sich der Illusion hin, dass so das Bevölkerungswachstum gebremst werde. Dass dennoch immer ein Wachstum der Gesamtbevölkerung resultierte, ist ausschliesslich auf den jahrzehntelangen Befund zurückzuführen, dass der Einwanderungsüberschuss auch immer wesentlich grösser war als das Geburtendefizit. Damit wuchs auch die Bevölkerung mit Schweizerbürgerrecht, nämlich durch Einbürgerungen. Kommt es nicht zu einem politischen und damit gesellschaftlichen Richtungswechsel, werden in Zukunft nur noch Spuren der ursprünglichen, einheimischen Bevölkerung vorhanden sein. Das Schweizervolk wird dann ersetzt sein durch eine eingewanderte Mischbevölkerung, die das Territorium der Schweiz äusserst dicht bevölkern wird! Ob die erreichte Bevölkerungsdichte dann zumal noch umweltverträglich sein wird, ist eine grosse Frage!

Ein gewisser Gegensatz hiezu bildet die Tatsache, dass zur Zeit viele junge Leute in der Schweiz ohne Arbeit sind. Aber auch das lässt sich erklären. Die grossen Jahrgänge der Boomjahre in den vergangenen Sechszigern – es waren nicht nur Babyboomjahre, sondern auch Einwanderungsboomjahre, und zu keinem Zeitpunkt hätte die Schweiz weniger Einwanderer gebraucht als damals – stehen noch immer im Erwerbsleben, aber kurz vor der Pensionierung (siehe Kasten). Geht dieser Arbeitskräfteberg in Pension, wird sich die Situation drastisch verändern, und wir werden bei normaler, also ausgeglichener Wirtschaftsentwicklung einen erneuten Arbeitskräftemangel mit Einwanderungssog erleben.

### Wo liegen die Ursachen?

Die Ursachen dieses Zusammenbruchs der Geburtenziffer sind

vielfältig. Entsprechend vielfältig sind auch die politischen Massnahmen, ihm zu begegnen. Da ist einmal der Tatbestand, dass die Zahl der unfreiwillig unfruchtbaren Frauen zunimmt. Sie beträgt neuerdings rund ein Sechstel der Gesamtbevölkerung und ist u. a. daran erkennbar, dass Frauen mit Sterilitätsproblemen die Wartezimmer der Frauenärzte füllen. Auch die Männer sind daran beteiligt. Die Antwort der modernen Medizin ist die technisch unterstützte Fortpflanzung, mit Embryotransfers und noch anderen, auch medikamentösen Methoden. Die Ursache ist vermutlich bei der durch industrielle Schadstoffe verseuchten Umwelt zu suchen. Diese Schadstoffe weisen oft eine den Geschlechtshormonen sehr ähnliche chemische Struktur auf. Obschon in der medizinischen Fachliteratur nachzulesen und der Umweltschutz sonst ein politisches Thema ist, nimmt die breitere Öffentlichkeit dieses Problem kaum zur Kenntnis.

Ein weiterer, gewissermassen biologischer Grund ist darin zu erblicken, dass die Frauen ihre erste Geburt immer mehr hinausschieben. Die natürliche weibliche Fruchtbarkeit erreicht mit etwa 24 Jahren ihren Höhepunkt. Von da an sinkt sie ab, zuerst nur langsam und fast unmerklich, dann immer schneller. Es wird für eine ältere Frau also schwieriger, schwanger zu werden. Manche erreichen ihren Nullpunkt sogar bereits mit etwa 35.

### Gesellschaftliche Veränderungen

Sicher spielen aber auch gesellschaftliche Veränderungen mit, die allgemein kinderfeindlicher geworden sind. Die Ehen sind zum Teil durch Konkubinatsverhältnisse ersetzt worden. Konkubinate sind aber wesentlich kinderärmer. Auch geht die Gesellschaft mit dem Problem des Schwangerschaftsabbruches immer leichtsinniger um. Gewiss ist dies nicht nur eine Frage der gesetzlichen Bestimmungen. Aber sie spielen eben auch ihre Rolle. Bei der diesbezüglichen politischen Diskussion war die Demografie überhaupt kein Thema. Man fragt sich, ob dies Absicht war, um die gesetzliche Liberalisierung der vorzeitigen Beendigung der Schwangerschaften nicht zu gefährden? Es ist auch mir bewusst, dass die Änderung der Mentalität der Gesetzesänderung vorausging.

Aber man kann im Leben eben nicht einfach alles haben!

Eine ganz wichtige Rolle spielt die steuerrechtliche Behandlung kinderreicher Familien, und das betrifft selbstverständlich auch die Sozialabgaben. Kinder sind zum grössten Armutsrisiko geworden. Ein grosser Brocken sind hier die hohen und immer höher steigenden Kinderprämien für die Krankenversicherung. Früher behandelten Krankenkassen in Sorge um zukünftige Prämienzahler unmündige Kinder pfleglicher, heute wurde ihnen das durch das Bundesamt für Sozialversicherungen verboten. Dabei geht es nicht nur um so genannte Alleinerziehende, wie insbesondere die SP immer wieder den Eindruck erweckt. Kinderreiche Familien sind sogar besonders betroffen, während Alleinerziehende zumeist nur ein Kind zu versorgen haben. Sind mehrere Kinder da, kann die Mutter im Allgemeinen keiner Erwerbsarbeit mehr nachgehen. Gerade der untere Mittelstand ist hier in einer schwierigen Lage. Einerseits profitiert er von keinen sozialen Unterstützungen, andererseits zahlt er happige Steuern und Abgaben. Oft reicht heute nur ein Lohn, derjenige des Vaters, für das materielle Überleben der Familie mit mehreren Kindern nicht mehr! Sicher ist die häusliche Betreuung der Kinder durch die Mutter psychisch ideal. Was aber, wenn der alleinige Lohn des Vaters für das Leben nicht ausreicht? Die Einrichtung von Krippen ist deshalb zu befürworten, auch wenn ich damals, noch vor Jahrzehnten, als Psychiater gelernt habe: «Krippenkind gleich psychisch gestörtes Kind».

### Keine Subventionierung der Vermehrung armer Leute!

Was wichtig ist: nicht nur allein erziehende oder berufstätige Mütter brauchen bessere Unterstützung, auch die nichterwerbstätigen! Als kurzfristig abzulehnen ist das Bestreben von Wirtschaftsführern, möglichst alle Frauen in die Erwerbstätigkeit hineinzudrängen, weil es nur die kurzfristige Optimierung der Rendite, jedoch nicht das längerfristige Überleben des Volkes im Auge hat. Und auch Familien in wohlhabenden Verhältnissen verdienen Förderung, sonst wird die Förderung des Nachwuchses zu einer Subventionierung der

Eidgenössische Volksinitiative

Im Bundesblatt veröffentlicht am: 11. März 2003

## Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

I Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 121 Abs. 3 (neu)

<sup>3</sup> Die Zahl der in einem Jahr einwandernden Personen, einschliesslich derjenigen, die ein Asylgesuch stellen, oder deren Wegweisung weder möglich, zulässig noch zumutbar ist, darf nicht höher sein als die der im Vorjahr ausgewanderten Personen. Nicht mitgezählt werden:

- a. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer;
- b. Personen, die sich mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung weniger als zwölf Monate in der Schweiz aufhalten;
- c. Angehörige von Staaten, mit welchen die Schweiz Abkommen über den freien Personenverkehr abgeschlossen hat;
- d. Angehörige diplomatischer und konsularischer Dienste sowie internationaler Organisationen.

Vorbehalten bleiben zwingende Bestimmungen des Völkerrechts. Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 2 (neu) / 2. Übergangsbestimmung zu Art. 121 Abs. 3 (neu)

Artikel 121 Abs. 3 ist spätestens drei Jahre nach Annahme durch Volk und Stände in Kraft zu setzen. Falls die notwendigen Gesetzesanpassungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgt sind, erlässt der Bundesrat Ausführungsbestimmungen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton:..... PLZ:..... Politische Gemeinde:.....

Nr.	(Eigenhändig in Blockschrift)		Geburtsdatum			Wohnadresse		Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
	Name	Vorname	T	M	J	Strasse	Nr.		
1									
2									
3									
4									
5									

**Ablauf der Sammelfrist: 11. September 2004** Die Stimmrechtsbescheinigung wird durch die SD eingeholt. Durch die politische Gemeinde auszufüllen: Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende ..... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: ..... Amtsstempel  Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:

Datum: ..... amtliche Eigenschaft: .....

eigenhändige Unterschrift: .....

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen: **Rolf Boder**, Kantonsrat, Neubruchstr.13, 8406 Winterthur; **Peter Bühler**, Stadtrat, Stapfenstr. 71/612, 3018 Bern; **Marcel Haag**, Gemeinderat, Thurastr. 20, 9500 Wil; **Dr. Jean-Jacques Hegg**, e. Nationalrat, Gemeinderat, Greifenseeestr. 35, 8600 Dübendorf; **Bernhard Hess**, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Normannenstr. 45, 3018 Bern; **Rudolf Keller**, e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf; **Kurt Koller**, Meienbergstr. 4, 9620 Lichtensteig; **René Kunz**, Breitestr. 14, 5734 Reinach AG; **Dr. Dragan Najman**, Grossrat, Einwohnerrat, Mellingerstr. 176, 5400 Baden; **Willy Schmidhauser**, Unt. Bündt 5, 8505 Dettighofen; **Christoph Spiess**, e. Gemeinderat, Mühlezelgstr. 42, 8047 Zürich; **Hans Steffen**, e. Nationalrat, Wydum, 8497 Fischenthal; **Pierre-M. Vernay**, le Mariollan C, 1617 Remaufens; **Beat Vetterli**, Wiesenbergstr. 9, 6383 Dallenwil; **Lidwina Wiederkehr**, Gemeinderätin, Baldingerstr. 4, 5332 Rekingen AG

Weitere Unterschriftenbogen können bestellt werden bei: Schweizer Demokraten (SD) – Postfach 1213 – 5401 Baden – E-Mail: [sd-ds@bluewin.ch](mailto:sd-ds@bluewin.ch)

**Initiative unterschreiben und sofort einsenden an:  
Schweizer Demokraten (SD) – Postfach 1213 – 5401 Baden**

# Eine neue Geschichte des Kantons Tessin



Robert Berner,  
Rheinfelden

Reisebücher bezeichnen das Tessin als «Sonnenstube». Dies ist stark vereinfacht. Der Überlebenskampf war hart. Dies beileibe nicht wegen den Landfogti. Die Leventina wurde 1441 ernerisch, Blenio und das Bellinzonese wenig später Vogtei von Uri, Schwyz und Nidwalden. Der grosse Rest des heutigen Kantons unterstand seit 1500/1512 den «Zwölf Alten Orten». Jede Vogtei bewahrte unter den Eidgenossen ihre alten, mailändischen Vorrechte. Der Vögte Amtszeit betrug nur zwei Jahre. Ein jeder musste von Dorf zu Dorf seine Antrittsvisite machen, wobei er unterschriftlich die überlieferten Rechte bestätigte. Die ennetbirgischen Vogteien waren den hiesigen «Gemeinen Herrschaften» gleichgestellt, hatten aber «weit weg vom Gschütz» weder Steuern zu zahlen, noch Militärdienst zu leisten und genossen sogar Handelsvorteile im Verkehr mit der anstossenden Lombardei.

## Dornenvoller Weg zur Unabhängigkeit

Die Französische Revolution stellte alles auf den Kopf. Die Städter erfasste Unruhe, versprach doch die cisalpinische Republik «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit». Es gab, wie bei uns, Freiheitsbäume. Doch die Landbevölkerung hielt treu zu den Eidgenossen. 500 bewaffnete Bauern aus dem Verzasca-Tal, heute brächte man dort kaum ein Dutzend zusammen, zogen nach Locarno, wo sie den Freiheitsbaum anzündeten. Die Parteileidenschaften dauerten hundert Jahre. Napoleon hatte zwar mit seinem Diktat (wie in den übrigen Mediationskantonen) aus grundverschiedenen Teilen einen Kanton geschaffen. Doch der Ausgleich zwischen Berg und Tal, Stadt und Land musste erst noch gefunden werden. Es folgten – wie im übrigen Europa – Durchmärsche französischer, österreichischer und russischer Armeen, Missernten, Hungerjahre und die Auswanderung eines grossen Teils der männlichen Jugend. Dies mit Auswirkungen bis in unsere Tage. Erstmals mussten die Tessiner ein

Kontingent stellen für Napoleons «Grande Armée». Die Nachkommen der (Überlebenden gedenken noch jetzt an zwei Orten des Bleniotals der heldenhaften Taten beim Rückzug an der Beresina. Politisch rege, stellten sich viele Tessiner auf die Seite der gegen die österreichischen Besatzer Mailands revoltierenden Lombarden, Österreich rächte sich mit der Ausweisung aller Tessiner, mit einer Blockade der Lebensmittel, die einer Aushungerung nahe kam. Was wunder, dass Goldfunde in Australien und Kalifornien die jungen Männer zur Auswanderung lockten. Es ist aus dieser Sicht schlicht unverständlich, dass Bundesrätin Metzler aus der Schweiz ein Einwanderungsland machte. Jahrhundertlang mussten Schweizer fremdes Brot essen, waren auf der ganzen Welt sich selbst überlassen. Oft blieben ihnen nur die niedrigsten Arbeiten, Kaminfegen, Schiffe beladen und entladen. Aus Intragna mit 1100 Einwohnern «machten sich 1869 400 Kaminfeger auf den Weg». Noch 1898 gab es Kinderarbeit in der Tessiner Seidenindustrie. Doch als um 1870 die Arbeiten für die Gotthardbahn Beschäftigung gebracht hätten, fehlten die Ausgewanderten. Die Wälder hatten Spekulanten vorher ratzekahl abgeholzt. Das demografische Gleichgewicht war erschüttert, das soziale Gewebe zerrissen, Dörfer entleert, das Land verwildert. Beidseits des Gotthard-Tunnels arbeiteten 5000 Italiener, in der Leventina 450 Steinhauer. Der Wirtschaftsaufschwung blieb aus. «Die Baufirmen stammten fast ausschliesslich aus Italien». Bauholz konnten die Bürgergemeinden kaum liefern; die Wälder waren vorher geplündert worden. Auch einheimische Männer waren – wegen der enormen Auswanderung – rar geworden.

## Hoffnung auf Fremdenverkehr

Auch diese war trügerisch. In Lugano liegt seit Jahren das 1855 erbaute «luxuriöse Hotel du Parc» hinter Bretterwänden in Trümmern. Das riesige Hotel Monte Generoso (damals Zugang «mit Führer, Maultier, Kalesche oder Sänfte») liegt in Schutt. Faido und Seitentäler, einst von Mailänder «Sommerfrischlern» belebt, werden – ausser von Tagesausflüglern – kaum mehr aufgesucht. Baufräse zerstört dafür Luganese und Locarnese. Die einst handgreifli-



Die Tessiner Grenze ist ungeheuer kompliziert. Es gibt aber hunderte Grenzsteine auf Bergkämmen, im Mendrisiotto, oft mit kleinstem Abstand voneinander. Diejenigen links und rechts vom Zoll von Stabio-Gaggiolo dürften die ältesten sein, 1559 beschriftet LIGA HELVETICA oder Nummer 86 STATO SVIZZERO, etwas später. (Aufnahme R.B. 1985)

chen Parteikämpfe werden – wie in der übrigen Schweiz – jetzt nur noch per Stimmzettel ausgetragen. Früher hatte man noch Sündenböcke. Die Alpwirtschaft zerfallen, ganze Täler entvölkert und Gegensätze zwischen Sotto- und Sopraceri. Dies rüttelte lange an der Einheit des Kantons. Es geschahen Gewalttätigkeiten bis zu Schiessereien. Nach einer solchen «kamen in Windeseile zwei Berner Bataillone». Seitdem gibt es Proporzwahlen.

## Sterben die Schweizer aus?

Fortsetzung von Seite 4

Vermehrung armer Leute. Das ewige Argument der Giesskanne ist demagogisch. Ist es denn richtig, dass kinderlose Ehepaare praktisch gleich viele Steuern bezahlen wie Familien mit Kindern?

Die Einwanderung wird das Problem in Zukunft übrigens nicht lösen können. In den traditionellen europäischen Rekrutierungsländern der Einwanderer, Italien, Spanien, Portugal, Exjugoslawien –

## Dennoch grosse Werke geschaffen

Als die Landfogti fort sind, häufen sich die Umweltsünden. Es kam zur Plünderung der Wälder. Alles liest sich spannend. Auf Rutschen, mittels künstlichem Aufstau von Bergflüssen, dann Öffnen der Schleusen, beförderte man jährlich um 100'000 Baumstämme für den Export bis zum Langensee. Es wurde auch geköhlt, bis zuletzt alle Berghänge kahl geschlagen waren. Die Wunden sind auch heute noch nicht überall verheilt. Der Gerechtigkeit willen: trotz leerer Kassen schuf man grosse öffentliche Werke wie Gotthardstrasse, Seedamm, Melioration der Magadino-Ebene. Bei den Schulen musste man bei Null anfangen. Es gibt – wo früher nur Saumpfade waren – Strassen in jedes Bergdorf, vom Nufenen bis nach Scudellate im Valle Muggio.

## Schweiz ohne Tessin?

Unvorstellbar. Auch wenn die alten Zürcher nicht über den «Platifer» (den Monte Piottino bei Rodi) eidgenössische Bruderhilfe leisten wollten: ohne Tessin können sich heute auch Zürcher die Schweiz nicht mehr vorstellen. Sind uns die Ausgänge von Domodossola und Chiavenna verloren gegangen, so ist doch die Verbindung von Basel und Zürich über den Gotthard bis (fast) vor die Tore Mailands das «Rückgrat» unseres Landes. Trotz verschiedener Sprache sind wir uns heute politisch nahe. Dass es – auch in deutscher Sprache – derart viele «Tessiner»-Bücher gibt, ist bester Beweis dafür.

Raffaello Oeschi, Geschichte des Kantons Tessin, 2003, gebunden, 300 Seiten, 277 Bilder, ISBN 3-7193-1314-X, Fr. 58.–

übrigens in ganz Europa, einschliesslich Russland – sind die Geburtenziffern nämlich ebenfalls abgesunken. Einwanderer in nahhafter Zahl könnten also nur noch aus Afrika, dem Nahen Orient und dem indische Subkontinent kommen. Wollen wir das? Mit dem Schlagwort von der Wachstumschwäche setzt die zeitgenössische Politik falsche Prioritäten und gibt sich Illusionen hin.

www.schweizerdemokraten.ch

## Die Alarmglocken läuten – niemand will sie hören!

Vor einiger Zeit apostrophierte die «stärkste Zeitung der Schweiz» alle jene Rekruten als Weicheier, welche den Anforderungen der Rekrutenschule nicht gewachsen sind. Tatsächlich müssen nach offiziellen Angaben 25% der eingerückten Rekruten aus psychischen und physischen Gründen vorzeitig entlassen werden.

Zusammen mit den 15% der jungen Leute, die schon bei der Aushebung als dienstuntauglich erklärt werden müssen, leiden also nahezu 2/3 der männlichen Jugend unseres Landes unter einer angeschlagenen Gesundheit. Dieser Spiegel der Volksgesundheit müsste eigentlich eine tiefeschürfende Diskussion über die Ursachen der Misere auslösen, müsste alle Verantwortungsträger in unserer Gesellschaft zu entschlossenem Handeln zwingen. Aber weit gefehlt!

Ausser einem Strohfeder in den nach täglichen Schlagzeilen lechzenden Massenmedien passierte nichts Wesentliches.

### Eine verbesserte Aushebungsmethode solls richten!?

Seit diesem Jahr werden die Stellungspflichtigen während dreier Tage in 6 Rekrutierungszentren auf Herz und Nieren geprüft werden, um damit die Ausfallquote in den Rekrutenschulen absenken zu können. Mit andern Worten: mit einem Millionenaufwand soll die Ausfallquote auf unter 10% gesenkt werden; dafür dürfte der Anteil Dienstuntauglicher bei der Rekrutenprüfung auf ca. 30% ansteigen. Wenn damit von der Misere abgelenkt werden soll, ist das weniger als Augenwischerei.

Da tatsächlich – so die offiziellen Zahlen – 60% der Dienstuntauglichen aus psychischen Gründen und 40% wegen körperlicher Disharmonien den Belastungen einer modernen Rekrutenschule nicht gewachsen sind, läuft offensichtlich einiges schief bei der «Aufzucht» unseres männlichen Nachwuchses.

### Der vernachlässigte Körper

Seit Jahren warnen Ärzte wegen der zunehmenden Rückenleiden bei Jugendlichen. Das starke Körperwachstum bei gleichzeitig ungenügender Entwicklung der Rückenmuskulatur scheint die Hauptursache für die Leiden zu sein.

Das Zusammentreffen einer überreichlichen Eiweissernährung mit nur bescheidenen täglichen Anforderungen an die Körpermuskulatur ist wohl entscheidender Faktor der disharmonischen Entwicklung. Im Sinne der alternativen Medizin wäre auch nach dem Symbolgehalt dieser «weichen Rücken» zu fragen.

Neben den fast zwangsläufigen Folgen der Verstärkung ist auch die frühe Motorisierung der Jugendlichen fragwürdig. Sie wirkt sich mit Sicherheit ungünstig auf die Entwicklung kräftiger Muskeln, Sehnen und Bänder aus. Der Wochenendsport im Winter und die 2 bis 3 wöchentlichen Turnstunden schaffen den Ausgleich offensichtlich nicht.

Die Folgerungen liegen auf der Hand:

- Zurückhaltung bei der Fleischnahrung für Kinder und Jugendliche;
- Förderung der out-door-Spiele in den Naherholungsgebieten und auf Schulhaus- und Sportplätzen;
- Erlaubnis zur Führung von Motorrädern aller Kategorien erst ab dem 17. Altersjahr;
- Massive Förderung des Breitensports für Jugendliche;
- Gezielte Förderung einer bewegungsfreudigen Lebenshaltung ganz allgemein.

### Mens sana in corpore sano!?

Laut den Rapporten aus den Rekrutenschulen leiden die Mehrheit der vorzeitigen Abgänger an Schlaflosigkeit, Angstzuständen und den Folgen des Gebrauchs legaler und illegaler Drogen. Konzentrationsfähigkeit und Belastbarkeit scheinen sich der Null-Grenze anzunähern.

Sicher haben diese Probleme komplexe Ursachen. Trotzdem seien hier nur drei Bereiche kurz dargestellt, die mit Sicherheit von grosser Bedeutung sind.

«Wärmetod der Gefühle» nannte der verstorbene Verhaltensforscher Konrad Lorenz die Folgen des materiellen Überflusses – von den Nahrungsmitteln bis zu den Gebrauchsgegenständen des Alltags. Der junge Mensch muss für nichts mehr kämpfen, alles fällt ihm in den Schoss. In der Folge entwickelt er auch keine wirkliche Freude mehr, weder an materiellem Besitz, noch an Festlichkeiten oder neuen Erlebnissen. Das Dichterwort «Saure Wochen – frohe Feste» macht keinen Sinn



Pflichtbewusste Armeeingehörige bei der Botschaftsbewachung in Bern

mehr. Eine gähnende Langeweile ist die Folge, die dann durch reinen Konsumismus aufgefüllt wird. Die Spielzeughaufen in den Kinderzimmern, die überfressenen Jugendlichen und die selbstverständlich ohne Eltern verbrachten Ferien der Teenies in Indien, im Fernen Osten oder in Südamerika sind Zeugnisse für das oben Gesagte.

«Aber subito» ist ein Schlagwort einer masslos verwöhnten und weichlichten Generation. Es steht für mangelnde Ausdauer im Verfolgen von Zielen, für die Unfähigkeit im Ertragen von Frustrationen und für die Tendenz zur Flucht in eine Scheinwelt, wo alles nach Wunsch läuft. Diese Scheinwelt stützt sich auf Drogen aller Art, auf Events, die die Sinne überreizen (in Discos, bei Openairs und an sog. Love Parades) und eine ungehemmte Triebbefriedigung. Die Massenmedien helfen kräftig mit, diese Scheinwelt als real darzustellen.

«Antiautoritäre Erziehung» ist zwar kaum noch ein dogmatisch verkündetes Erziehungssystem. In breiten Kreisen wird sie jedoch praktiziert; man hat Angst, die eigene Autorität zur Geltung zu bringen. Zu allem und jedem werden schon Kleinkinder um ihre Meinung befragt. Entscheidungsbefugnisse werden unzulässigerweise nach unten delegiert und Jugendliche in Dingen zur Mitbestimmung aufgefordert, die sie einfach nicht überblicken können. Die Folgen sind rotzfreche Kinder, kapitulierende Eltern, aus dem Schuldienst flüchtende Lehrer und eine generell zurückgehende Bereitschaft, Kinder zu bekommen und aufzuziehen. Dazu kommt eine wildgewordene Konsumgüterindustrie, die mit allen Tricks der Werbung das jugendliche Konsumenten-Segment aktiviert und

ausschöpft (selbstverständlich zu Lasten der Eltern und evtl. der Sozialfürsorge) und die jegliche Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk vermissen lässt.

### Zwischen Freiheit und Verantwortung

Ein übersteigerter Begriff der individuellen und der wirtschaftlichen Freiheit, das trendige politische Schlagwort der Deregulierung und die Missachtung der Interessen der natürlichen Gemeinschaften (Familie, Gemeinde, Nation) führen geradewegs in die Problematik der Auflösung aller Bindungen an Tradition, Ethik und eigene Kultur. Es entsteht ein amorpher Haufen von jungen Menschen, die später mühsam nach gültigen, resp. funktionierenden Leitbildern suchen müssen.

Der Begriff der (Eigen-)Verantwortung wird erst wieder mit Inhalt gefüllt, wenn sie nach dem 40. Altersjahr auf der gesundheitlichen Ebene für ihre Jugendsünden bezahlen müssen.

«Der Schweiss der Edelsten» sollte es wert sein, Auswege aus der skizzierten sich stetig verschlechternden Situation zu erarbeiten. Diese Arbeit wäre zweifellos wichtiger als die Organisation von Fusionen, Deregulierungen, Rationalisierungen, Globalisierungen usw., usf. – alles mit Ziel der Steigerung der Aktienwerte der Unternehmungen, des sogenannten Share-holder value's.

Man darf gespannt sein, wie weit wir abrutschen müssen auf der schiefen Ebene der reinen Lustbefriedigung, bis die eingangs erwähnten Alarmglocken gehört und ernst genommen werden.

Hans Spitz, Köniz



Kanton Bern



## Stadtrat aus der Partei ausgeschlossen










Mit sofortiger Wirkung wurde am 20. Januar 2004 Stadtrat Peter Bühler aus der Partei ausgeschlossen. Kurze Zeit vorher erfuhr der SD-Vorstand von einem klammerheimlichen Aufnahmegesuch des SD-Stadtrats bei der SVP, welche der Ausgeschlossene kurze Zeit zu-

vor als (Originalzitat): «arrogant und diktatorisch» bezeichnete. In der Folge wurde Bühler zwar vom SVP-Vorstand aufgenommen, die SVP-Stadtratsfraktion verhält sich jedoch gemäss Medienberichten ablehnend.

Immerhin wurde der SD-Stadtsektion mit diesem Vorgehen eine Entscheidung abgenommen: Die Schweizer Demokraten der Stadt Bern haben nun in den kommenden Wahlen im Herbst die Möglichkeit, den frei gewordenen Sitz mit einer loyalen und teamfähigen Kollegin oder Kollegen zu besetzen. Zudem: Die gescheiterte «Initiative Tieferlegung Brunnen», wurde im Alleingang von P. Bühler, und nicht wie erwähnt im Namen der Schweizer Demokraten, lanciert.

*Dieter Beyeler, Stadtrat,  
Stv. Pressechef*

## Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der monatliche Höck findet immer am 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz, statt. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Hauptversammlung am 6. März, 12.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Referent: e. Nationalrat Hannes Steffen. Nähere Informationen unter <a href="http://www.infowil.ch/sd-wil">www.infowil.ch/sd-wil</a> . Stamm am 25. Februar, 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden. 13./14. März Wahlen
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Winterthur Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)



Thurgau

### Jahresversammlung 2004

Freitag, 26. März 2004  
in Weinfelden

Die Jahresversammlung 2004 feiern wir in Weinfelden – bitte heute schon das Datum reservieren! Beginn 20.00 Uhr, Einladungen folgen. Jetzt schon den Abhol- und Bring-Service bestellen (052 765 12 16) – es ist alles eingefädelt und kein Problem!

*Der Präsident*

Anzeigen

### Minusio / TI

Zu verkaufen renov.

### 1½-Zimmer-Wohnung

sep. Küche, grosser Balkon.  
VP Fr. 130'000.–

Telefon 081 322 23 63

### Steuererklärungen

(ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–  
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

### Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur  
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau  
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



 Kanton Bern 

## SD-Mitglied wird 102-jährig

Im Namen der Schweizer Demokraten der Stadtsektion Bern aber auch ganz sicher im Namen aller SD-Mitglieder möchten wir Frau Hurni von ganzem Herzen für ihre langjährige Unterstützung und Treue danken. Wir hoffen und wünschen, dass ihr noch einige Jahre voller Gesundheit vergönnt sein mögen.

Aus diesem Grund wurde ihr als treues und ältestes Mitglied der Schweizer Demokraten, die Urkunde der Ehrenmitgliedschaft in ehrwürdigem tiefen Respekt verliehen.

Wir gratulieren ihr nochmals ganz herzlich zum 102. Geburtstag und wünschen ihr weiterhin alles nur Liebe und Gute.

Mit den besten Wünschen und einem baldigen Wiedersehen.

*Schweizer Demokraten  
SD Stadtsektion Bern, Präsident  
und Grossrat Hans Peter Riesen*



*Übergabe der Urkunde als Ehrenmitglied für ältestes SD-Mitglied Frau Rosa Hurni (102 Jahre).*



 Kanton Zürich 

## Neue SD-Gemeinderätin

(jhd.) Mit dem Rücktritt von Jean-Jacques Hegg rückte Elisabeth Cafilisch neu in den Gemeinderat von Dübendorf nach. Die vierfache Mutter, die früher die Kasse der Bezirkssektion Hinwil betreute, schaffte nach ihrer Kinderpause den schwierigen Wiedereinstieg ins Berufsleben als kaufmännische Angestellte. Ihr jüngstes Kind, eine jetzt 20-jährige Tochter, lebt immer noch im selben Haushalt. Wir wünschen Frau Cafilisch viel Erfolg als neue Gemeinderätin von Dübendorf!



## Einbürgerungen

Der Kantonsrat hat eine Parlamentarische Initiative der Schweizer Demokraten abgelehnt. Diese verlangte die Einreichung einer Standesinitiative, um das Bundesgerichtsurteil vom vergangenem

Sommer umzustossen. Die Parlamentarische Initiative von Hans-Jörg Fischer (SD, Egg) erhielt 52 Stimmen.

Mindestens 60 Stimmen wären notwendig gewesen.

 Kanton Thurgau 

## Haarsträubende Politiker!

Das Departement von CVP-Regierungsrat Bernhard Koch hat gemäss Medien (3.2.) entschieden, dass Kopftücher von moslemischen Schülerinnen toleriert werden. Die Schweizer Demokraten sind entsetzt, denn das Kopftuch ist ein politischer Hebel und ganz bestimmt kein religiöses Zeichen wie etwa ein Kreuzlein. Zudem ist die Schweiz ein christliches Land und wenn wir anfangen dies zu demontieren, muss ein Grossteil unserer Verfassung gestrichen und massiv geändert werden – von den Auswirkungen auf den Alltag (z. B. Abschaffung des Sonntags) und unsere Gesellschaft, gar nicht zu reden!

Als totale Katastrophe bezeichnen die Schweizer Demokraten auch die Verhandlungen mit der EU! Eine schrittweise Öffnung des Arbeitsmarktes für zehn neue Ostländer innerhalb der nächsten sieben Jahre sei absoluter Schwachsinn! Öffnen dürfe man nur, wenn Löhne und Lebenskosten in den Staaten etwa gleich hoch seien, andernfalls profitieren nur Multis! Schweizer Demokraten mahnen, dass so die Mieten und alle Lebens-

und Umweltkosten nur weiter steigen, die Löhne aber in den Keller gleiten! Die Zuwanderung bringe vor allem Billigarbeiter, Nutzniesser, Fürsorgebezüger und unqualifizierte Hoffnungslose – dem Lande aber weitere Verluste von Arbeitsplätzen und eine Leerblutung der sozialen Werke!

Schliesslich verlangen die Schweizer Demokraten endlich die Abschaffung der Sonderrechte für Einbürgerungswillige: Der Sonderstatus Doppelbürger sei dem einfachen Manne verwehrt, bei den Einbürgerungen der heutigen Zeit aber amtlich toleriert! Es sei klar, dass ein Türke so ganz gerne zusätzlich zu seiner türkischen Staatsbürgerschaft auch noch die schweizerische Staatsbürgerschaft annehme. Er sei dann vollwertiger Bürger und Nutzniesser von zwei Staaten; man denke vor allem an die sozialen Einrichtungen in der Türkei und in der Schweiz, von anderen und geschäftlichen Vorteilen gar nicht zu reden.

*SD Thurgau,  
Kantonale Parteileitung*

## Offizieller, bodenloser Leerlauf!

Die Mär ist ein Produkt von Superklugen, Doktoren, Professoren und anderen UNI-Abgängern. Dabei gibt es in der ganzen Schöpfung rund um den Erdball und auch ausserhalb des Universums kein einziges Beispiel von ewigem Wachstum, das uns Wissenschaftler und vor allem die Damen und Herren Politiker so sehr und von ganzem Herzen wünschen.

In der Natur, im Leben und rund um die Welt gibt es nur ein System, das seit Tausenden von Jahren gleich geblieben ist und immer nach dem gleichen Strickmuster abläuft: Es ist ein Gebären, Wachsen, Gedeihen und schliesslich wieder das Sterben – ein in sich geschlossener Kreislauf, der für alle Menschen, Tiere und Pflanzen gilt. Selbst der grösste und mächtigste Baum muss einmal fallen und verrotten.

Wir und unsere Wirtschaft – was auch immer das sei – müssten also wachsen, meinen die Superklugen und Wirtschaftsfachleute. Mehr Aufträge für alle Zweige der Wirtschaft und natürlich auch mehr

Aufträge für die Bauwirtschaft. Dabei hat unser Land nun seit Jahren und Jahrzehnten jährlich oft bis zu 100'000 Einwanderer aller Arten (Fremdarbeiter, Asylanten, Illegale, Kurzaufenthalter, Grenzgänger, Saisoniers usw.) aus über 139 Ländern dieser Erde aufgenommen, umsonst, versorgt und schliesslich – im Notfalle auch mit Übersetzer – eingebürgert! Was für ein gewaltiger Unsinn für ein kleines, sehr beschränktes Land! Man denke an die Bevölkerungsdichte, immer grössere Entsorgungskosten, das Fiasko in Schulen, Sozialeinrichtungen, Quartieren und an das Fremdsein im eigenen Lande... An viele Dinge aber wird nie laut gedacht, es darf schon gar nicht laut daran gedacht werden!

Durch die Massen-Einwanderung in einen beschränkten und ohnehin dicht überbauten Lebensraum wird alles nur noch teurer: Die Böden, die Mieten, die Infrastrukturen, die Entsorgungen und natürlich jede Art von Dienstleis-

**Offizieller, bodenloser Leerlauf!***Fortsetzung von Seite 9*

tung. Auf gut Deutsch also, unsere Produktion, unser Werkplatz und unsere ganze Wirtschaft wird so täglich teurer. Dabei müssten unsere Produkte billiger werden, bei gleicher oder steigender Qualität. Wir müssten konkurrenzieren können mit immer mehr geöffneten Räumen – entgegen unserem Volkswillen ... Mit diesem wunderbaren, offiziellen Wachstum verlieren wir also nicht nur Arbeitsplätze, wir verlieren ganze Produktionslinien, die ausgelagert werden müssen!

Wir verlieren also unsere Existenzen, dank diesem offiziellen, unsinnigen Leerlauf. Was aber soll

jetzt gelten? Wollen wir gute und vielleicht einige neue Arbeitsplätze mehr? Oder wollen wir noch mehr Einwanderung, sprich Bauaufträge? Beides ist nicht möglich. Wir könnten zwar unsere Bausubstanz verbessern (bessere Isolation, bessere Ausnutzung, bessere Produktionsstätten usw.) aber mehr bauen für immer mehr Einwanderer und mehr Arbeitsplätze ist einfach nicht möglich. Wann verstehen das auch unsere Professoren? Den «Fünfer und das Weggli» kann es nicht geben. Wieviele Jahre werden sich die «Superklugen» noch zieren, bis sie dem Lande endlich «klaren Wein einschenken» und Klarheit im Interesse aller schaffen?

*Willy Schmidhauser, Dettighofen*

## Herr Gerber – was haben Sie geleistet?

Herr Gerber wird Seco-Chef und Staatssekretär für Wirtschaft, das steht heute in allen Zeitungen! Es steht auch, dass Jean-Daniel Gerber ein «Technokrat und Humanist» gewesen sei. Nun, er war jahrelang Chef im Bundesamt für Flüchtlinge, hat sicher ein gutes Gehalt bezogen und bezieht inskünftig ein noch besseres! Aber viele einfache Menschen und Steuerzahler in diesem Lande fragen, was hat dieser Mann wirklich geleistet? Viele, ja sehr viele Bürger haben sich immer wieder grün und blau geärgert über die schönen Reden eines Herrn Gerber, über seine juristisch klugen und ausweichen-

den Antworten zum milliardenschweren Asylleerlauf in diesem Lande und zum Unvermögen seines Amtes, die Asylpolitik im Sinne der echt Verfolgten und der Mehrheit des Schweizer Volkes zu bewältigen. Milliarden von Steuerfranken wurden so Jahr für Jahr verlornt, anstatt damit Entwicklungshilfe vor Ort und für wirklich Bedürftige machen zu können. Viele hoffen darum, dass ein Nachfolger gewählt wird, der die Ohnmacht und die gewaltigen Kosten im Lande endlich zu reduzieren vermag.

*SD Thurgau**Willy Schmidhauser, Präsidium*

## Schweizer Demokraten boykottieren Grossratswahlen!

Kurzfristig haben die Schweizer Demokraten, SD Thurgau, neue Entscheide gefällt! Erneut hat eine grosse Thurgauer Tageszeitung von den Parolenfassungen der Schweizer Demokraten einen einzigen Satz pro Vorlage vom 8. Februar an die Leserschaft weitergegeben und publiziert, während die Berichte von Regierungsparteien ganze Seiten füllen. Das habe mit dem ach so nötigen «freien Worte» für die Demokratie nichts mehr zu tun, meint nicht nur die Oppositionspartei SD Thurgau. Die Sicherstellung von «gleich langen Spiesen» in der Information für Regierungs- und Oppositionsparteien sei

das A und O für eine faire Demokratie. Bürger und Volk seien auf eine möglichst breite Information dringend angewiesen. Die Schweizer Demokraten sind unter diesen Umständen nicht gewillt, an den Grossratswahlen (28. März 2004) teilzunehmen und bitten das Volk und die Verantwortlichen um Kenntnisnahme und Verständnis, denn diese Machenschaften und die praktizierte «Informationsfreiheit» hätte mit Demokratie nicht mehr viel zu tun und das Volk müsse dies wissen!

*SD Thurgau,**Kantonale Parteileitung*

Kanton Basel-Land



## Wahlen Basel-Land: Von sehr gut bis schlecht ...

Die Schweizer Demokraten haben bei den Baselbieter Gemeindewahlen, vom 8. Februar 2004, sehr unterschiedlich abgeschnitten.

### Frenkendorf: Rudolf Keller überragend!

Bei der Gemeindekommissionswahl in Frenkendorf holte unser Zentralpräsident, Landrat Rudolf Keller, mit 746 Stimmen am meisten Stimmen aller 15 Gewählten. An zweiter Stelle folgt SP-Landrat und Kantonalpräsident Eric Nussbaumer mit 695 Stimmen. Sehr gut abgeschnitten hat auch Rahel Keller-Külling, die das zehntbeste Resultat machte und auch einen Sitz für die SD holte – mit 454 Stimmen. Auch die Nachrückenden Martin Wolleb und Hanna Müller erzielten gute Wahlergebnisse. Der SD-Stimmenanteil lag im 6500-Seelen-Dorf bei rund 15%, was 2 komfortable Vollmandate ergab.

### Gute 6,4 % in Pratteln

Bei den Einwohnerratswahlen ins 40-köpfige Parlament holten die SD mit Heinz Mattmüller und Armin Streit 2 Sitze. Beide haben sich freundlicherweise bereit erklärt, den zwei Nachrückenden, Florian Reischenböck und Paul Osterwalder die Sitze zu überlassen.

### 2 Sitze in Reinach

In der grössten Baselbieter Gemeinde Reinach werden die SD künftig mit 2 Sitzen vertreten sein.

Bei einem Stimmenanteil von 5% wurden die beiden Bisherigen Urs Hammel und Lukas Brodbeck in ihren Ämtern bestätigt. Erster Nachrückender ist Roland Bächtold.

### Nur 1 Sitz in Allschwil

Etwas überraschend musste die SD in Allschwil 2 Sitze abgeben. Mit nur rund 3% Stimmenanteil wurde Bruno Steiger wiedergewählt. Für die beiden Bisherigen Max Amsler und Nicolas Meier ist die Abwahl eine herbe Enttäuschung. Wir danken den beiden für ihre grosse geleistete Arbeit. Insbesondere verdient Max Amsler unsere höchste Anerkennung.

### Kein Sitz mehr in Liestal

Es ist bedauerlich, dass wir unseren einzigen Liestaler Sitz von Pascal Wyss nicht halten konnten. Liestal war immer ein schwieriges Pflaster für uns, was sich diesmal wieder bestätigt hat. Wir danken allen Kandidierenden und insbesondere Pascal Wyss für seinen Einsatz!

### Mirko Meier gewählt

Auf der SVP-Liste ist in Birsfelden unser Mirko Meier in die Gemeindekommission gewählt worden. Er bleibt uns aber als Mitglied erhalten und wir wünschen ihm viel Erfolg in seiner Arbeit.

Abschliessend danken wir allen, die für uns kandidiert und die aktiv im Wahlkampf mitgeholfen haben. *SD-Baselland*

## Liebe SD und Rätselfreunde

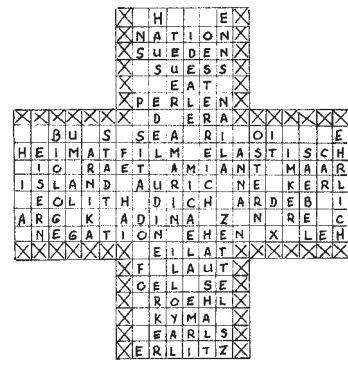


Sicherlich, ich war sehr gespannt auf die Reaktionen der Rätselfreunde in der letzten Ausgabe. Ich war mir nicht ganz sicher, ob dieses neue Angebot im politischen Umfeld überhaupt Fuss fassen kann. Doch die Rückmeldungen haben mir diese Bedenken genommen. Eure Postkarten kamen, und es war mir eine Freude jeden Tag mit dem Rätsel und unserer Partei in Kontakt zu stehen. In diesem Sinne werde ich dieses Konzept weiterführen. Für den Monat Februar konnte ein interessanter Sponsor

gefunden werden: Nämlich das Atelier für Ernährung und Wohlbefinden in Gunten BE. In diesem Zusammenhang gibt es auch diesen Monat attraktive Buchpreise. Also, mitmachen lohnt sich! Für diejenigen, die auch gerne als Sponsor auftreten möchten, stehe ich nach wie vor jederzeit unter Telefon 033 251 05 34 oder schriftlich unter Schweizer Demokraten, Postfach 140, 3655 Sigriswil, zur Verfügung. Ich danke allen, die mich bei dieser Arbeit unterstützen und wünsche euch viel Freude beim Rätseln und eine gute Zeit!

*Barbara Zbinden, Aeschlen*

Spezielle Gelegenheiten, zum ¼-Preis:  
**Wasserbett**, neuwertig, 200 x 200 cm  
 ¼ - mit 2 Heizungen  
 Preis = Fr. 1450.-  
**Magnet-Energie-Liegen zur Belebung**  
 neu ¼-Preis = Fr. 750.-  
 Telefon 033 251 32 56



Lösungswort: BUNDESRAAT

die SD ist eine Zahl der Lebensjahre Zeit o. Krieg Miet- auto Unvers. Erde Wortverdopplung

6

Gewand im MA Wort-taute Männer-kurz-name Mit-kauf biturg. Gesang

etwa Abk. CH Kan-ton, Abk.

Insel-euro-päer Verbind-linie engl: sicher 8

braucht nicht 50'oooh Ver-hei- terschr. ratet röm. Kaiser Pech-leuchte Papagei-entart franz. Kar- ten-spiel Verbrechen. onz. Pro-nomen Franz: König Süd- Frucht Ordens-gründer wir sind da-gegen Sport-pokal Schwed- Landenge- Trauer- lied

1

Julia- Schiebter Bären- art 2

Binde- wort dt. Autor

Form d. Sauer- stoff

Wesens- art ital. Autor Gebiet im Kt. Bern

Union- be- zugs- freundl. Zurück

Mit- kauf Mit- kauf Privat- bahn Abk. persönl. Tür-wort griech: Früh- Kloster- vor-leher

4

Wapiti- hirsch Flüssiges Fett Platz, Stelle Mz. franz. Artikel 4

Entspan- nungs- mittel Franz: man Abtei- lung, Mz. Lambda war einer röm. Göttin ledig- lich Farb- stoffe griech. P. Leben Vokal 7

Indo- Germana Teil- strecke Signal- geben

5

Zwei Vokale 1. Buch- stabe

3

japan- Insel afrik. Antilope engl: Gs Wald- Pflanze kurz: an dem schwed: Prasil Vokal Wind- richtung

9

russ. Pa- triarch Chem. Z. Eisen Baum- teil Vokal

Onkel bei W. Busch

**Gewinnen Sie im Februar**

1. Preis: Buch «Das wahre Leben der Helvetia» von Jürg Willi, Ein historischer, spannender und beglückender Bericht. Reich illustriert. Die «Helvetia» war das junge Mädchen Veronika Leu, das als Hausmädchen in Paris die Schweiz vor dem Untergang durch die Einmischung des Auslandes in den Sonderbundswirren rettete und nachher durch ein waghalsiges fräuliches Abenteuer die Versöhnung der Vaterlandsfreunde zustande brachte. (Verkaufspreis Fr. 29.- gratis zugesandt)

2. bis 6. Preis: Buch «Der Anfang ist das Ende.» Eine Biographie des Staatsgründers, König David, in 30 spannenden Kurzgeschichten von Katharina Schmutz. Gut recherchiert, ohne die kirchlichen Verzerrungen, deshalb spannend und ermutigend für alle Streiter gegen Fremdherrschaft und für die neutrale Unabhängigkeit. Verkaufspreis Fr. 38.- (Die 5 Gewinner werden benachrichtigt und übernehmen das Porto)

Im politischen Programm der Schweizer Demokraten werden wichtige Forderungen zur Gesundheitspolitik erhoben. Es muss im Kleinen verwirklicht werden, wenn es im Grossen Gestalt gewinnen soll.  
 Im Atelier für Ernährung und Wohlbefinden in Gunten BE Telefon 033 251 32 56 finden Sie bei Katharina Schmutz (langjährige Kinderkrankenschwester und Pfarrerin, heute Ernährungsforscherin und Schriftstellerin) Beratung und daneben auch mit gros-

ser Sorgfalt ausgewählte und selbst erprobte Gesundheitshilfen.  
 – Ernährung und Entschlackung  
 – Pflege, Förderung und Ernährung von Kindern  
 – Erziehungs- und Schulungsfragen  
 Drei Beispiele:  
 Es gibt eine Vakuum-Pfanne, die mit nur 70 °C die meisten Vitamine, den Geschmack und fast alle Mineralstoffe unversehrt lässt! (Fr. 360.- bis 510.- je nach Grösse)  
 Gegen Elektro-Smog aller Art,

insbesondere bei Natel-Sendern, konnte endlich ein helfendes Gerät, das für die physikalische Umwandlung sorgt, konstruiert werden. Auch Sie werden langfristig froh sein! (Fr. 289.-)  
 Für die Pflege des Magen-Darm-Traktes, an dessen Gesundheit so viel hängt, gibt es jetzt Methoden im natürlichen Rahmen, einfach und beglückend.  
 Oft stellt ein Gespräch mit einer breit ausgebildeten Fachperson Weichen, welche die persönliche Zukunft verändern.

**Lösung:** 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

**Gewinner des letzten Rätsels:**

Gabriel Juchler, Regensbergstr. 208, 8050 Zürich (1. Preis)  
 Werner Egli, Alter Tunnel 31, 4632 Trimbach (2. Preis)  
 Rudolf Rihs, Via D. Fontana 1 a, 6900 Lugano (3. Preis)  
 Herzliche Gratulation! Wir wünschen Ihnen viel Freude mit Ihrem neuen Buch.

Lösungswort und Absender auf Postkarte schreiben und einsenden an:

Schweizer Demokraten SD, Kreuzworträtsel, Postfach 140, 3655 Sigriswil

Einsendeschluss ist der Samstag, 6. März 2004

(A-Post) – Viel Glück!

Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## BUCHECKE

## Ein Buch auf Erfolgskurs: 5. Auflage für «Mord in der Fremdenlegion»

Fernweh und Abenteuerlust packten den Walzenhausener Peter Eggenberger im Sommer 1959, nachdem er lustlos eine Drogistenlehre absolviert hatte. Sein Ziel war die Fremdenlegion, mit der er die letzten Jahre Frankreichs als Kolonialmacht in Algerien erlebte. Mitte der 1990er Jahre organisierte die Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen im aargauischen Wettingen eine Exkursion zur heute in Südfrankreich stationierten Legion. Mit von der Partie war Eggenberger. Im Umfeld der Gesellschaft geschieht ein Mord. Als sich herausstellt, dass auch der Mörder zur Reisegesellschaft gehört, wird es für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefährlich. Die Reise

und die Enttarnung des Übeltäters, die Erinnerungen an die persönliche Legionszeit und die 1831 beginnende, bis in die Gegenwart führende Geschichte der Legion hat Peter Eggenberger zu einem spannenden Kriminalroman mit unzähligen Fakten rund um Frankreichs Elitetruppe verarbeitet. Dieser Tage ist im Appenzeller Verlag, Herisau, die 5. Auflage des Buches erschienen, womit «Mord in der Fremdenlegion» ab sofort wieder im Buchhandel und beim Verlag erhältlich ist. (Der Autor hat sich nach seiner Legionszeit der Schweizer Militärjustiz gestellt, hat die RS und anschliessend sämtliche WK- und EK-Dienste erfüllt.)



Liebe Leserinnen und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.

Ihre SD-Redaktion

## Agrarpolitik und Landesversorgung

In einem Beitrag des Oltner Tagblattes vom 7. Januar 2004 wird das sogenannte Problem der Schweizer Bauern auf den Punkt gebracht. Im Jahre 2003 gab es für sie 13% weniger Gewinn und 6% weniger Produktionswert. Mit der Agrarpolitik 2007 bleibe, so heisst es, die Landwirtschaft zwischen Hoffen und Bangen. Unsere Landwirtschaft und ihre Bauern haben, wenn die wirklichen Hintergründe des fortschreitenden Bauernsterbens infolge fortschreitendem Einkommensverlust einmal wirklich durchleuchtet würden, für die Zukunft nichts zu hoffen. Keine Schönrederei und sogenanntes Verständnis für eine angeblich notwendige Strukturanpassung von einem neuen Chef des Bauernverbandes können darüber hinwegtäuschen, dass die Preisgabe unserer Landwirtschaft mit unseren noch verbliebenen Bauern nur noch eine Frage der Zeit ist, dann mit enormem Aufwand an Organisation und Finanzmitteln ist in den letzten Jahrzehnten eine sehr

produktive schweizerische Landwirtschaft geschaffen worden. Schuld an der Einkommensmiserie ist das mit Verbissenheit von Parlament und Bundesrat verfolgte strategische Ziel eines Beitritts des Landes zur EU. Die Anpassung an die EU wird seit Jahren in den verschiedensten Bereichen mit Akribie betrieben, so natürlich auch in der Landwirtschaft, wo nur noch EU-Beitrittsbefürworter das Sagen haben. Wenn nach kürzlich ausgestrahlten Berichten im Nachbarland Baden-Württemberg täglich 5 bis 7 Bauernbetriebe eingehen und bei uns Ähnliches geschieht, so brauchte man sich nicht darüber zu wundern. Das wohl Schlimmste dabei ist, dass so getan und manipulativ informiert wird, als sei das, was da passiert, unumstösslich und wie ein Naturgesetz. Durch die jetzt weltweit verbreitete Ideologie des Neoliberalismus wird durch die Manipulation von Preisen, Löhnen und Zinssätzen das Leben bzw. die Existenz von immer mehr Menschen zerstört. Der so freie Markt,

angeblich zur Erhöhung des Wohlstandes propagiert, ist ein weltweit gut organisiertes Instrumentarium von Repression in der Wirtschaftspolitik. WTO, IWF und Weltbank sind neben der EU die Hauptakteure dieser sich weltweit auswirkenden Vorgänge.

Wie könnte es auch sein, wenn da die Schweiz nicht mit dabei wäre und Weisungen dieser international und ganz internationalistisch wirkenden Organisationen im eigenen Land durchsetzen wollte. Zu den wichtigsten Forderungen dieser Kreise gehören völlige Abschaffung der Zölle und Privatisierung von Produktionsstätten, Produktions- und Dienstleistungsbereichen. Auf diese Weise kommen mächtige Finanzunternehmungen zur Übernahme wichtigster Bereiche der Wirtschaft und Dienstleistungen eines Landes. Dass dann im Zuge dieser Machenschaften noch weitere gewünschte Resultate erzielt werden wie Auflösung der Souveränität von Staaten, Beseitigung von Bürgerrechten und jegli-

cher Demokratie, ist doch gerade jenen recht, die eine neue Weltordnung begründen wollen, eine Weltordnung der Diktatur der angeblich «Guten». Mit der schrittweisen Verwirklichung der totalen Liberalisierung aller Bereiche kommt dann die Armut und Not auch zu denen, denen jetzt das Einkommenselend der Bauern noch schnuppe ist, nämlich zu den Arbeitern und Angestellten jeden Ranges, ob mit oder ohne Gewerkschaften: Die Billigarbeiter jeden Standes dürfen durch die Globalisierung bald in Startstellung gehen. Nichts mehr wird sie und damit den völligen Einbruch unseres erkämpften Wohlstandes aufhalten können. Für die unter gewolltem halbsbrecherischem Wettbewerb stehenden Unternehmer wird es ein erlösendes Aufatmen geben: Endlich weniger Lohn zahlen und evtl. dann nicht mehr ins Ausland müssen mit den Produktionsanlagen. Doch herrliche Aussichten für unsere Zukunft!

Dr. M. Disteli, Olten

## «Reitschüler» gegen Armee

Herrlich weit haben wir es gebracht in Bern! Eine subkulturelle Vereinigung bekleckert auf scheusslichste Art und Weise ein altherwürdiges Gebäude und setzt damit für die einreisenden Gäste unserer Bundesstadt, die notabene schon von Johann Wolfgang Goethe als die schönste mittelalterliche Stadt Europas gerühmt wurde, ein bezeichnendes Signal dessen, wes Geistes Kinder sie in Bern erwarten, respektive welche Leute heute in dieser Stadt das Sagen haben. Doch nicht genug damit, jetzt ge-

lingt es diesem unterkulturellen Trupp noch, die Schweizer Armee unterzukriegen. Ein Verbot zum Betreten dieses Gebietes rund um die Reitschule inklusive des Bahnhofs muss die Armee schützen. Pikant und bezeichnend hiebei, dass es der gleichen Partei, die stets für die Reduzierung der Armee eintrat, jetzt scheinbar gelungen ist, eine Truppe aufzubauen oder zumindest zu dulden, die offensichtlich noch schlagkräftiger ist als die Armee.

Ernst Christen, Bolligen

## 38,6 Prozent IV-Renten an Ausländer

Das Bundesamt für Sozialversicherung gab die Zahlen für das Jahr 2003 bei den IV-Renten bekannt. Auffallend ist, dass 38,6 Prozent der IV-Bezüger Ausländer sind. Dabei beziehen 6133 Ausländer eine IV-Rente, die in der Schweiz wohnen. 2227 Ausländer sind IV-Bezüger, die im Ausland domiziliert sind. Dass viele neue Renten ins Ausland fliessen, sei auf die bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU zurückzuführen. Sie haben den Kreis der IV-Bezüger ausgedehnt – auf Personen, die in der Schweiz Beiträge bezahlt haben, sich aber im Ausland aufhalten

zum Zeitpunkt, an dem die Invalidität eintritt. Diese Zahlen sind interessant, weil immer wieder von den Überfremdungs-Befürwortern gesagt wird, dass uns die Ausländer den Wohlstand bringen. Die Ausländer sichern uns die AHV, und wie wir sehen offensichtlich auch die IV. Wir müssen diese Tatsachen vermehrt dem Stimmbürger mitteilen. Nur so können wir dem Stimmbürger klar machen, wie wichtig unsere Initiative «gegen die Einwanderung» ist.

Kurt Koller, Lichtensteig/SG



## L'eau, nouvel enjeu stratégique mondial



Mary Meissner,  
Vernier

Après le fiasco de l'OMC, et maintenant lors des discussions du Forum altermondialiste à Bombay, il serait bon pour tout un chacun de lire le petit livre de géopolitique de Jacques Sironneau, «L'eau, nouvel enjeu stratégique» qui explique clairement le pourquoi fondamental des nombreux conflits qui agitent le monde aujourd'hui. Dans notre journal, nous avons à maintes reprises parlé de la Suisse «Château d'eau» de l'Europe, en véritable danger d'être un jour prochain, un nouvel enjeu stratégique au même titre que l'or noir. Car l'or blanc est devenu une marchandise si rare que les requins de la finance et les multinationales veulent en faire commerce et le vendre au prix fort. Si l'on peut se passer de pétrole en le remplaçant par d'autres produits énergétiques, on ne peut se passer d'eau, fondement de la vie sur terre.

Or, passons en revue les points les plus névralgiques en commençant par le plus dangereux, le cas du Proche-Orient, Israël à la recherche d'une zone hydrologiquement stratégique. La guerre larvée contre les Palestiniens et le refus du retour de ceux-ci au pays, plus le refus de rendre le Golan et les escarmouches sans fin au Sud Liban autour du fleuve Litani, prouvent à quel point l'eau joue un rôle capital. Il y a eu plusieurs agréments sur la répartition de l'eau dans cette région que je ne vous énumérerai pas, mais qui tous ont favorisé Israël, malgré le fait que ce pays vole l'eau de la Litani, du Jourdain, du lac de Tibériade, du Golan et que la construction du mur de la honte prend en compte la distribution des nappes phréatiques.

Prenons maintenant l'Irak et l'Iran, la guerre a été déclarée tout d'abord pour le contrôle de l'eau de Chatt-el-Arab. Le partage de ces eaux opposent depuis le 16e s. Arabes et Persans. Le premier agrément

conclut on 1913 à Constantinople favorisait l'Irak. C'est pourquoi l'Iran a profité des troubles qui ont éclaté au Kurdistan irakien, pour occuper en 1971 trois îlots du détroit d'Ormuz et faire signer à l'Irak en position de faiblesse les accords d'Alger en 1975 lors du Sommet de l'OPEP. La frontière fluviale fut remise en place au profit de l'Iran. L'Irak acceptant de se retirer des îlots d'Ormuz. Depuis cet instant, les conflits pour l'appropriation de l'eau de Chatt-el-Arab se sont multipliés et l'on sait ce qu'il est advenu ensuite car les deux pays ont mené une lutte pour la suprématie régionale basée sur l'eau.

Il y a aussi la Syrie et l'Irak où la question hydraulique aurait pu déboucher sur un conflit armé pour le partage des eaux de l'Euphrate. Dans les années soixante-dix, le remplissage du barrage de Tabqa par la Syrie a entraîné la diminution du quart du débit pour l'Irak qui n'a pas hésité à masser ses troupes à la frontière. Seule une médiation séoudienne a évité le conflit.

N'oublions pas le Nil qui affecte des aquifères sahariens et l'Afrique australe. Son bassin s'étend sur une superficie d'env. 3 millions de km<sup>3</sup>, soit un dixième du continent africain. Après avoir traversé le Burundi, le Rwanda, la Tanzanie, le Zaïre, l'Ouganda, le Soudan, l'Éthiopie et le Kenya, son débit annuel est estimé à 8 milliards à l'entrée en Égypte à Assouan. Le Nil Bleu qui prend sa source sur les hauts plateaux éthiopiens a été le fait d'un accord entre ce pays, l'Égypte et le Soudan pour un partage de l'eau. Jusqu'à ce jour l'Éthiopie n'a jamais voulu communiquer ses données hydrologiques. De son côté le Soudan devenu indépendant, remet en cause les accords «coloniaux» de 1929 et entreprend unilatéralement la construction sur le Nil Bleu du barrage Roseires. L'Égypte doit l'accepter, car avec son immense barrage d'Assouan, elle serait mal venue d'insister. Conscients tous deux de l'importance stratégique d'une bonne entente concernant l'eau, ces deux pays sont pour le moment tranquilles. Mais on peut prévoir de futurs conflits dans cette région politiquement instable.

Quant à l'Afrique australe, l'un des projets les plus conflictuels est l'aménagement de la rivière Chobe, coulant dans la partie nord du Botswana, faisant frontière avec l'Angola. Un projet prévoit de dériver une partie du Zambèze vers l'Afrique du Sud dans le bassin de la rivière Vaal, donnant ainsi un peu d'eau au Botswana tout en aidant son économie. Mais ce projet se heurte au refus du Mozambique et de la Zambie, sis en aval et pour l'instant ce projet est au point mort.

Depuis quelques années un contentieux s'est produit entre le Canada et le Montana aux États Unis pour l'irrigation et l'hydroélectricité, concernant le St Mary-Milk River. Les conflits se sont arrangés entre États souverains puisque les USA sont une fédération, et il y a eu un autre accord sur la Rivière Columbia en 1917 déjà. Par contre entre le Mexique et les États Unis qui ont une frontière commune avec le Rio Grande, ainsi qu'avec la nappe souterraine, les USA reprochent au Mexique de polluer la nappe phréatique à cause de prélèvements effectués sans précaution et de rejeter les eaux d'irrigation et d'épandage directement dans le Rio Grande. A l'intérieur des États Unis trois États, la Floride, l'Alabama et la Géorgie se disputent les eaux du Chattahoochee long de 600 km.

En Amérique du Sud, des affrontements armés entre l'Équateur et le Pérou ont causé la mort d'une cinquantaine de personnes en janvier 1995 sur l'appartenance des sources de la rivière Cenepa, la frontière devant limiter des terrains riches en minerais. Allons voir ce qui se passe en Asie où il y a des litiges pour le contrôle des fleuves du sous continent indien.

Le premier conflit a concerné l'Indus entre l'Inde et le Pakistan et cette partition a entraîné ipso facto celle d'irrigation du bassin de l'Indus. Dès avril 1948, l'Inde décide unilatéralement de dériver les eaux des rivières Sutley, Beas et Ravi ce qui a pour effet d'interrompre l'écoulement des eaux dans les canaux traversant la frontière pour approvisionner le Pakistan. Une commission permanente contrôle

aujourd'hui le bon fonctionnement des droits d'utilisation exclusifs pour le Pakistan sur le Chenab, le Jhelum et l'Indus et pour l'Inde sur les rivières Sutley, Beas et Ravi. Mais lorsque l'Inde construit en 1985 le barrage de Walur sur le Jhelum, les hostilités reprennent. Une autre situation conflictuelle est celle sur le Gange et le Brahmapoutre entre l'Inde et le Bangladesh, et indirectement le Népal. En avril 1960 l'Inde décide la construction du barrage Farakka sur le Gange à moins de 20 km du Bangladesh. Ce projet consiste à dériver 40'000 m<sup>3</sup> d'eau par seconde vers la rivière Hooghly durant la saison sèche et de désensabler le port de Calcutta pour améliorer sa navigabilité. Le Bangladesh se désertifie et l'eau se salinise. Il demande de stocker dans des barrages-réservoirs en Inde et au Népal une partie du débit de mousson mais l'Inde refuse. Par contre, ce pays propose la construction d'un canal de 324 km de long pour relier le Brahmapoutre au Gange afin d'évacuer le surplus des inondations récurrentes qui ravagent le Bangladesh, compensant du même coup la réduction du débit du Gange. Cette affaire n'est pas terminée car beaucoup ont peur de l'hégémonie de l'Inde dans la région.

D'autres zones conflictuelles se trouvent entre les Balkans et l'Asie Centrale, ceci dû à l'éclatement de la Yougoslavie d'une part et à la création de nouveaux petits États comme la Croatie et la Bosnie-Herzégovine sises sur les fleuves Save, Dave et Drina d'autre part. La majeure partie de l'Albanie, de la Bulgarie, de la Macédoine, de la Serbie et de la Slovénie appartiennent à des bassins partagés, ce qui rend nécessaires des ententes concertées y compris la Grèce. Pour l'instant il y a assez d'eau pour tout le monde. Mais jusqu'à quand?

Au cœur de l'Europe, le litige entre la Hongrie et la Slovaquie né à propos d'un barrage et d'une centrale hydro-électrique illustre les difficultés d'une gestion partagée sur un fleuve frontière. De plus, certains pays confrontés à des difficultés financières sont réticents, le moment venu, pour concrétiser

## L'eau, nouvel enjeu stratégique mondial

Suite de page 13

ces projets. Beaucoup de mouvements de protection de l'environnement protestent retardant la mise en route des travaux. Un litige de ce genre est pendant devant la cour de justice de la Haye. Plus loin, en URSS éclatée, les bassins de Syr-Daria et d'Amou-Daria qui se partagent entre l'Ouzbékistan et le Kazakhstan déversent de moins en moins d'eau dans la mer d'Aral qui se salinise. De plus la densité humaine augmente régulièrement, ce qui contribue à l'assèchement de cette contrée. Le Kirghistan qui se trouve en amont tient à profiter de cette eau qui se raréfie et favorise l'hydro-électricité au détriment de l'irrigation. Tous ces pays s'ac-

cusent mutuellement et cette situation est un foyer à haut risque de conflits. L'eau est devenue ainsi un moyen de pression favorisant le terrorisme et le sabotage.

Nous avons fait un tour du monde plutôt désopilant, mais réel, prouvant la délicate situation de notre planète couverte d'eau imbuvable et d'eau potable en régression. Comme on n'arrivera jamais à éduquer les populations à économiser ce bien précieux et vital, comme nous nous dirigeons vers un mondialisme économique égoïste et sans cœur, il y a fort à parier que nous allons nous trouver bientôt dans la situation des dinosaures disparus à jamais. Ne pourrait-on pas retarder ce destin tragique en construisant des usines de dessalinisation au lieu de vouloir aller sur Mars ou la Lune qui souffrent de manque d'eau.

trimoine mondial, ils ont détruit l'ONU basé à Bagdad et poussé les gens dans la misère, le chômage et la pauvreté, et ils n'ont aucune vergogne pour demander aujourd'hui l'aide internationale? Ils promettent des contrats de reconstruction gardant le plus gros du travail pour leurs propres entreprises, of course, et continuent à «exiger» des contingents de soldats étrangers, mais qu'est-ce que c'est que ce cirque?

### Une idée mirobolant

On aura tout vu. Oui, chers lecteurs, les Autrichiens qui ne savent plus où loger leurs délinquants étrangers, ont demandé pour commencer, à la Roumanie, de pouvoir construire des prisons dans leur pays. Et pourquoi la Roumanie? Parce que les Autrichiens veulent délocaliser leurs prisons dans les pays «sources de délinquance», et il faut croire que les Roms et autres misérables roumains sont en majorité concernés par ce problème. Y aura-t-il des émules pour procéder de la même façon? La Suisse envahie par tant de diverses nationalités, ferait bien d'étudier le problème. Je trouve cette idée originale, mais vu les réticences montrées par certains pays, il y a fort à parier que cette utopie s'étirole.

### Abolition des impôts sur l'héritage à Genève

Bien sûr, c'est tellement facile de puiser dans la poche des morts... les héritiers qui n'ont pas payé d'impôts sur cet argent (on oublie qu'ils ont été versés par le disparu) n'ont qu'à jouer le rôle d'associations humanitaires vis-à-vis de ce PAUVRE Etat. Je propose qu'avant d'édicter une loi mettant tout le monde dans le même panier, le fisc prenne en considération la situation des héritiers. Si certains peuvent sans coup férir payer d'énormes impôts de succession, il y en a d'autres, comme des veuves économiquement faibles, qui pourraient enfin souffler par un budget équilibré, et celles qui n'ayant que l'AVS, ne pourront même pas payer les intérêts hypothécaires. Et en cas de vente obligatoire de leur maison, après remboursement de l'hypothèque, des frais bancaires qui augmentent chaque année, et de l'impôt sur l'héritage, plus ceux sur la vente, il ne lui restera plus rien. J'espère que l'initiative qui demande la suppression de cet impôt mal compris sera acceptée par un peuple intelligent. (Ce qui a réussi.)

## En parcourant la presse

### Genève

En 1997, une famille de 10 personnes (les parents et 8 enfants), demandent l'asile et l'Hospice général leur trouve un appartement. Leur conduite est tellement dérangeante que ces gens doivent déménager trois fois. Actuellement, cinq enfants ayant quitté le domicile conjugal, le reste de la famille continue à se conduire tellement mal, que les locataires de la maison de la rue de Berne, ont déposé une plainte qui oblige l'Hospice général à transbahuter cette famille une fois de plus. Mais le PdT marxisant de Genève met le bâton dans les roues et soutient le refus de déménager de ces hôtes somaliens indésirables. Donc, enfin, représailles et suppression de l'aide financière. Ce qui veut dire que depuis 6 ans, nous entretenons avec nos impôts dix personnes mal élevées, agressives et semant la bisbille dans les maisons où elles sont logées. En supprimant les indemnités, la famille se retrouve sans couverture maladie, sans abonnement TPG et les amendes s'empilent. Qu'attendent nos autorités pour renvoyer ces indésirables chez eux?

### Israël se blinde

Pour la somme de 25'000 à 30'000 dollars, Israël se dote de bus anti-kamikazes. Les vitres sont renforcées et blindées pour la cabine du conducteur. Les portes sont équipées de détecteurs de métaux allant jusqu'à un mètre de distance. On peut sortir du bus mais

pas y entrer sans l'aval du conducteur. Le premier modèle a été présenté à Tel-Aviv à grand renfort de publicité. Mais si les Israéliens croient que ces bus qui ressemblent à des tanks vont protéger leurs passagers, il y aura toujours ceux qui attendent sur les trottoirs. Que d'argent pour une protection aléatoire!

### Fonds en déshérence

Il reste toujours 800 millions de francs qui n'ont pas été distribués faute de demandeurs potentiels. On peut donc se rendre compte que les Fagan. Eizenstad et Cie, ont fait du chantage qui ressemble fort aux armes massives introuvables en Irak. Entre temps, ces requins ont encaissés de juteux bénéfices et nos banques, prises pour être apprises, ne donneront pas suite aux nouvelles attaques de Fagan qui demande des milliards en compensation des traitements qu'ont subi les Sud Adricains pendant l'apartheid. Décidément les USA produisent de drôles de requins!

### Davos

Dick Cheney dans son discours au WEF à Davos a eu le culot de plaider pour une aide internationale destinée à la reconstruction de l'Irak. Il a eu aussi le toupet de demander à l'ONU de revenir en Irak. Ces personnages Bush en tête, John Ashcroft et leurs séides ont mis l'Irak à feu et à sang, ils ont bombardé avec acharnement des villes, villages et autres lieux du pa-

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

### ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des  
Démocrates  
Suisses**

**DS** 

### Secrétariat central:

Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 974 20 10  
Fax 031 974 20 11  
Internet:  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Rédaction:

Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 974 20 10  
Fax 031 974 20 11  
E-Mail:  
[sd-ds@bluewin.ch](mailto:sd-ds@bluewin.ch)

Suite en page 15

## En parcourant la presse

Suite de page 14

### Un livre magnifique vient de sortir de presse

Écrit après trente ans de recherches, par un Anglais, Clive Church, qui veut craquer les mythes stupides qui courent sur la Suisse, il la décrit d'un point de vue sérieux affirmant que ce n'est pas un pays d'opérette et que sa façon de vivre est tout, sauf ennuyeuse. Church y analyse la politique économique, sociale et culturelle, la politique

étrangère et celle de la défense, avec un chapitre spécial consacré aux relations difficiles que nous avons avec l'Union européenne. Il juge le poids de la Suisse dans le monde important et se gausse des Américains et de CNN qui placent la Suisse quelque part dans les Balkans, quand ils ne la confondent pas avec la Suède. La meilleure partie est celle où il analyse les difficultés que notre système fédératif encourrait si nous entrions dans l'UE, et il approuve notre attitude d'attente. Bref, il faut un Anglais pour nous défendre. On est loin des Fagan ou Eizenstat...

Charlotte Morel

## Le Pilon

### Et voilà!

Ce que notre parti avait prévu se réalise ce dimanche de votations fédérales, 8 février 2004. Nous avons été les plus féroces neinsagers concernant le vote des étrangers et leur éligibilité, parce que nous étions et nous sommes toujours persuadés qu'ils auront une influence néfaste sur nos institutions démocratiques, tel le contrôle des urnes.

La radio suisse romande a invité ce soir dans son journal du 18-19h une immigrée franco-suédoise de Renens afin qu'elle donne son avis sur les résultats de ces votations. Elle a tout de suite dit que les Suisses votaient beaucoup trop et trop souvent ce qui affaiblissait les décisions du Conseil fédéral et qu'il serait indiqué que les citoyens fassent plus confiance à leurs conseillers nationaux et fédéraux puisqu'ils les désignent eux-mêmes, car ils savent mieux ce qui est bon pour le pays. Concernant le vote sur la prison à vie pour les délinquants sexuels irrécupérables, elle a même ajouté qu'elle était très déçue du résultat négatif et que les étrangers de Renens et Morges étaient presque tous de son avis. Elle a même ajouté qu'il serait judicieux de s'aligner sur la Suède et pourquoi pas la France et qu'elle était prête à postuler pour un mandat politique.

Voilà où nous en sommes avec les migrants aux idées révolutionnaires et le parti socialiste doit se frotter les mains de satisfaction.

Octopus, le 8. 2. 04

### Où allons-nous?

Les gynécologues, les sages-femmes, les chirurgiens et même les

médecins généralistes perdent confiance en eux et en leur avenir. Il en est de même des dentistes, chiropraticiens et physiothérapeutes. Les jeunes étudiants perdent peu à peu le feu sacré vu les énormes responsabilités qui leur incombent en cas d'accidents de parcours, de procès retentissants, et de gains qui diminuent chronométriquement en main.

### Un pas de plus vers l'intégration de la Suisse dans l'U.E.

A travers le sport suisse contraint d'ouvrir ses frontières à tous les champions de l'Union Européenne actuelle et à venir, afin d'être compatible sur le plan européen et par conséquent international, nous voici un peu plus intégrés dans le métissage qui déborde sur tous les fronts, d'une manière subtile et soi-disant incontournable. Le NOME sera bientôt inutile puisqu'il atteindra son but sans trop s'investir et se battre.

### Les banques contaminées

Le grand casino mondial vient d'accueillir en son sein boursier, quelques banques privées genevoises (en attendant que d'autres établissements helvétiques y adhèrent aussi). Regroupées en une structure nommée SBC Wealth Management, les cinq banques privées d'UBS entrent en Bourse dans le but de vendre progressivement des parts de cette holding une fois celles-ci cotées. Bonjour les spéculations, les dégâts collatéraux et les futures pertes abyssales.

## Qui commande à Berne?

Les nouveaux responsables de l'armée n'ont pas attendu bien longtemps après leur entrée en fonction, pour diffuser dans la presse une propagande personnalisée qui tient de la manipulation. Ainsi, n'étant pas à une contradiction près, les néo-promus cherchent à ancrer dans la population l'idée que l'armée (sous leur commandement) ne pourra plus assumer la défense autonome du pays et simultanément qu'ils veulent gérer «comme une entreprise» ce qui leur a été confié. Ils se mettent donc allègrement en contradiction avec l'art. 185 de la Constitution fédérale et ignorent comment une entreprise est gérée.

En ce qui concerne l'armée de milice (art. 58 de la Constitution) l'un dit que la Suisse doit avoir une armée non pas de métier, mais professionnelle, avec 50'000 super-soldats et l'autre qu'il faut «abandonner un vécu». Alors, de deux choses l'une: ou bien Samuel Schmid est vraiment le chef du DDPS et il adresse une sévère mise en garde à

ses subordonnés, les enjoignant à s'abstenir d'empiéter sur un domaine réservé au gouvernement, ou bien il laisse faire, accréditant l'idée qu'une sorte de «soviet suprême» dirigerait le DDPS à la place de son chef.

Il y a certainement, parmi les commandants de corps mis sur la touche, quelque chef qui se sentirait capable d'assurer la défense du pays (même avec le handicap d'Armée XXI). L'idée devrait donc germer dans l'esprit de tous les intéressés, que les directeurs d'entreprises privées se trouvent pour la plupart sur des sièges éjectables ce qui signifie, dans l'armée, que la perspective d'un «simple pour Limoges» devrait être un avertissement suffisant pour mettre d'aucuns dans la position de respect qu'on nous a appris dès l'école de recrues. Ou alors, après «la Grèce des colonels», offririons-nous à l'Europe l'image de «la Suisse des généraux»?

Jean-Pierre Margot, Neuchâtel,  
le 18 janvier 2004

## Racisme ou communisme

Le contenu de l'article de Jean Ribailier dans le numéro de Militant de décembre me rappelle les tristes dix années que j'ai passé derrière le rideau de fer sous le régime stalinien.

Il n'y a pas grande différence entre le régime pseudo démocratique et le système mondialiste y afférant que nous subissons actuellement et le communisme marxisant de Lénine si bien appliqué par Staline. D'ailleurs l'Internationale socialiste prônait l'égalité entre les peuples (sous entendu races) et suivait les principes d'une politique de discrimination positive qui dépréciait les meilleurs éléments et donnait la préférence aux arts décadents et aux inventions farfelues émanant des individus les moins doués. Pendant plus de 75 ans, ces fossoyeurs des nations drapés de rouge ont cherché à embrigader sous leurs drapeaux sanglants des millions d'êtres humains en utilisant les mêmes slogans contemporains émanant aussi bien des soi-disant démocraties européennes qui sont subventionnées par le totalitarisme étasunien, que par les humanistes bêtards soutenus financièrement par nos impôts ou nos œuvres de charité. Rien n'a changé dans ce

monde pourri, dirigé hier par des illuminés assoiffés de pouvoir et aujourd'hui par des utopistes qui s'octroient le sceptre des rois abus dont le slogan est «diviser pour régner». La plus sûre des divisions c'est le mélange des races, le renversement sporadique des dessous de panier que l'on place aux commandes et la fornication religieuse aux endroits les plus vulnérables.

La déchéance envahit nos médias qui deviennent de plus en plus sournois et débilitants, la vulgarité remplace l'élégance comme au temps des communistes où l'art brut et carré décorait les endroits les plus exposés, et la violence s'infiltrait du haut en bas et du bas en haut de la société humaine. L'autre dimanche l'émission de mise au point sur la TV romande a réussi ce tour de force de présenter une demoiselle qui venait de sortir un livre ultra pornographique composé de phrases dégoulinantes de sexe déviant lues par une Martina Chyba en chef d'orchestre et on ne voyait plus sur l'écran qu'un phallus recouvert d'un préservatif turgescent. Il ne manquait plus à ses côtés qu'une panoplie de marionnettes de l'info aussi bien suisses que françaises. *Mary Meissner*

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Rudolf Keller, SD-Zentral-  
präsident, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat,  
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,  
Einwohnerat, Baden

Willy Schmidhauser, Präsident  
SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal



**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

## Der ganz spezielle Leserbrief

Herr Th. K. stösst sich am Kommentar von Hans Spitz, Köniz, zu den Nationalratswahlen (Nr. 11/2003 – Seite 3) und schreibt uns u.a.:

... wenn Hans Spitz durchgibt, dass die EVP weiteren Einfluss gewinne, ist es nicht verwunderlich, dass Sie nicht mehr Stimmen bekommen.» – und an anderer Stelle: «Entweder sind Sie bürgerlich oder grün, dann werden die Grünen aber lieber diese Partei wählen.»

### Unsere Stellungnahme

– Nach unserer Auffassung ist die EVP eine ehrenwerte politische Gruppierung, da sie – etwa im Gegensatz zu ihrer christlichen Schwesterpartei CVP – ihrem Namen entsprechend die evangelisch-christlichen Werte konsequent vertritt. Dass wir dabei in vielen Belangen das Heu nicht auf der gleichen politischen Bühne haben, tut dieser Einschätzung keinen Abbruch.

Wir haben also keinen Grund, der EVP ihr Existenzrecht abzuspriechen. Mehr als diese Anerkennung hat Hans Spitz mit seiner Formulierung im fraglichen Artikel nicht

zum Ausdruck gebracht.

– In Nr. 10/2003 – Seite 3 hat unser Mitarbeiter unsere Position zu den Fragen der Umweltpolitik dargestellt. Dem ist grundsätzlich nichts beizufügen.

Schlimm ist, dass die sogenannten Grünen diese Anliegen derart mit den sozialistischen (nicht sozialdemokratischen) Positionen verbunden haben, dass die konsequente Umweltpolitik in weiten Kreisen des Bürgertums unglaublich geworden ist. Der politische Schaden für die Umsetzung der mehr als gerechtfertigten ökologischen Forderungen ist unermesslich.

Gleichzeitig ist es erschütternd feststellen zu müssen, dass noch immer viele «intelligente», bürgerliche Politiker Dauerwachstum auf allen Gebieten als möglich und unabdingbar für die Wohlfahrt des Volkes betrachten. Sie gehen soweit, «bürgerlich» gleichzusetzen mit dem (Aber-)Glauben an die Wachstumsideologie und den Turbokapitalismus. Dies ist ein Irrtum, den wir alle schon jetzt teuer bezahlen und unsere Kinder noch dramatischer werden büssen müssen.

– Eine echte «grüne» (ökologische) und bürgerliche Partei ist dringend notwendig.

Wenn wir dieser Forderung in unserem Parteiprogramm grundsätzlich und in der Tagespolitik pragmatisch nachzuleben uns bemühen, so werden wir vor der Geschichte bestehen können. Ganz gleichgültig, ob wir im momentanen politischen Kampf Erfolg haben oder weniger.

Die Redaktion

### Einbürgerungen

Immer wieder wird behauptet, die Schweiz habe nur so eine grosse Überfremdung im Vergleich zum Ausland, weil sie zu wenig einbürgert.

Das dem nicht so ist, beweist der Vergleich mit Deutschland. Laut Statistik hat Deutschland im Jahr 2002 insgesamt 153'547 Ausländer eingebürgert. Die Schweiz, welche bevölkerungsmässig 11-mal kleiner ist, hat jedoch 33'800 Personen eingebürgert. Hätte die Schweiz im gleichen Verhältnis wie Deutschland eingebürgert, so hätten nur 13'900 Personen den Schweizer Pass erhalten. Dieser Vergleich beweist, dass die Schweiz äusserst grosszügig einbürgert.

Kurt Koller, Lichtensteig/SG

## Alle gesammelten Unterschriften einsenden!

### Stand der Unterschriftensammlung

Wie zu erwarten war (siehe diese Zeitung Nrn. 11 und 12/2003) war die Sammeltätigkeit in den kalten Wintermonaten nicht gross. Per 31. Januar 2004 waren 16'950 Unterschriften eingegangen, also nur 600 Unterschriften mehr als per 31. Dezember 2003. Es wird deshalb auf eine detaillierte Aufstellung nach Kantonen verzichtet. Nur dies sei erwähnt: Fast genau die Hälfte (300) kam wieder aus dem Kanton Zürich. Sehr beschämend für die übrigen Kantone!

Am Abstimmungswochenende vom 8. Februar 2004 wird sich erweisen, ob überhaupt noch Chancen bestehen, die benötigte Unterschriftenzahl bis zum 11. September 2004 zustande zu bringen. Wenn auch an diesem Wochenende nicht überall intensiv Unterschriften gesammelt worden sind – was leider zu befürchten ist – müssen wir wohl die Hoffnung aufgeben, es noch zu schaffen.

### Einschicken der Unterschriften bis Ende Februar!

Anfangs März werden wir eine weitere Beglaubigungsrunde durchführen. Dieser Termin ist darum gegeben, weil der 1. April ein stark benützter Zügeltermin ist. Die bis Ende Februar 2004 gesammelten Unterschriften müssen also bis Ende März beglaubigt sein, sonst riskieren wir, dass 3 bis 5 Prozent der Unterschriften wegen Wegzugs ungültig sein werden.

Ich bitte deshalb alle Unterschriftensammler, alle gesammelten Unterschriften bis 29. Februar an die auf den Unterschriftenbögen angegebene Adresse zu schicken: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 1213, 5401 Baden. Schicken Sie Ihre Unterschriften auch ein, wenn Sie von einem Ort nur wenige Unterschriften gesammelt haben, denn wir können diese mit bereits vorhandenen Unterschriften desselben Ortes zur Beglaubigung schicken.

Dragan Najman, Baden

### Trotz EU:

## Siemens zieht Jobs ins Ausland ab

Der Münchner Elektronikkonzern Siemens wird im Zuge der EU-Ost-Erweiterung in grossem Stil Arbeitsplätze nach Osteuropa verlagern. In einigen Jahren könne etwa ein Drittel der Software-Entwicklungsstandorte geleistet werden, sagte Siemens-Zentralvorstand Johannes Feldmayer. Dabei gehe es einerseits darum, von dem erwarteten starken Marktwachstum in Osteuropa zu profitieren. Andererseits müsse der Konzern auch die Kostenvorteile und das Potenzial hoch qualifizierter Software-Ingenieure in der Region nutzen. Siemens beschäftigt weltweit etwa 30000 Software-Entwickler. In Osteuropa arbeiten an 21 Standorten bislang 2700 Entwickler für den Konzern. Siemens folgt mit der Verlagerungsstrategie einem Trend, dessen Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt noch nicht abzuschätzen sind.